Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 299 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Dienstag, den 30. Dezember 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 25 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 75 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 9 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Alles wird teurer.

Die Regierung hat die Preise für Mehl, Getreide und Kartoffeln erhöht, indem sie den Landwirten, die ihr ganzes Soll abliefern oder gar über die Pflichtschätzung hinaus zur allgemeinen Ernährung beisteuern, erhebliche Prämien gewährt. Der Preis für die Wochenration Brot allein steigt dadurch um etwa 80 Pfennige. Auch die Kohlen werden neuerdings teurer. Reichskohlenrat und Reichswirtschaftsministerium werden voraussichtlich in den nächsten Tagen einen erheblichen Preisaufschlag bewilligen, der allerdings nicht den Unternehmern zugute kommen soll, sondern der besseren technischen Ausstattung der Gruben und der Ansiedlung von 150 000 Bergarbeitern im Ruhrrevier dienen wird. Für das Eisen werden neue Richtpreise festgesetzt werden, entweder im Zwangswege oder durch ein Selbstverwaltungsorgan der Eisenindustrie, und die neuen Eisenpreise bleiben nicht mehr allzuweit hinter dem Weltmarktpreis zurück. Da sie den Unternehmern einen unverhältnismäßig großen Gewinn ermöglichen, wird die Regierung sie zwingen, von jeder Tonne Eisen einen bestimmten Betrag in einer Ausgleichskasse zu zahlen, welche dazu dienen soll, den Preis der eingeführten Lebensmittel zu senken und die dabei entstehenden großen Valutaverluste auszugleichen.

Wenn Brot, Kartoffeln, Eisen und Kohle teurer werden, wird natürlich auch alles andere entsprechend teurer, und die Kosten der Lebenshaltung werden in den nächsten Monaten erneut um einen Betrag steigen, dessen Höhe sich noch nicht genau abschätzen läßt. Selbstverständlich müssen dann Arbeiter, Angestellte und Beamte ohnedies

verelenden müßten.

Die unmittelbare Wirkung des Preisaufschlages auf Brot und Kartoffeln — zweieinhalb Milliarden schätzungsweise — wollen die Unternehmer auf sich nehmen; dazu haben die Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften sie gedrängt und bewogen. Aber natürlich zahlen die Unternehmer diese Milliarde nicht aus eigener Tasche, sondern erhöhen eben um so viel oder womöglich um noch etwas mehr den Preis der Produkte, und der Verbraucher ist schließlich doch der Leidtragende. Und wenn die Arbeiter durch Anwendung ihrer gewerkschaftlichen Mittel in erhöhten Löhnen den Ausgleich suchen und finden, so steigen die Preise der Produkte weiter, und in einen verhängnisvollen Kreislauf eingespannt, sehen die Arbeiter sich dauernd um ihre Hoffnung betrogen, ihre Lebenslage zu verbessern.

Der einzige Ausweg aus diesem Bannkreis scheint sich in der Sozialisierung zu bieten. Aber ein Blick auf die sozialisierten Betriebe, etwa die Eisenbahn, ist auch nicht gerade sehr befriedigend; und wenn man behauptet, die Staatsbetriebe seien noch gar nicht sozialisiert, weil die Arbeiter und Angestellten noch nicht den nötigen Einfluß hätten, sondern eine zentrale Bürokratie regiere, so ist darauf zu erwidern, daß die Wirtschaftsdiktatur der Räte in Rußland

kläglich bankerott gemacht hat,

so daß die Bolschewiki selbst zur Leitung der sozialisierten Industriezweige durch eine bürokratisierte Zentralinstanz zurückgekehrt sind. Es kommt hinzu, daß auf weiten Gebieten der deutschen Wirtschaft an eine rasche Sozialisierung nicht zu denken ist. In der Landwirtschaft kann in absehbarer Zeit vom Sozialismus keine Rede sein — die Räterepublik Moskau hat auf dem Lande das unbeschränkte freie Privateigentum hergestellt. Aber auch die deutschen Industrien sind vielfach so stark von ausländischen Rohstoffen und Absatz in anderen Ländern abhängig, daß die Sozialisierung den größten Schwierigkeiten begegnet. Eine reine Verstaatlichung empfiehlt sich höchstens für tatsächliche Monopole oder vollkommen ausgebildete Großindustrien mit ziemlich regelmäßiger Produktionsweise. Nach alledem werden wir nicht warten können, bis die Sozialisierung und der Sozialismus die Lage des arbeitenden Volkes verbessern!

Denn das Volk will heute leben und morgen möglichst reichlich zu essen haben. Dazu aber gibt es nur einen Weg. Was die Lebensmittel anbetrifft, so ist zunächst zu beachten, daß die Weltmarktpreise enorm hoch sind. Ein Pfund ausländischen Schmalzes ist gegenwärtig nicht unter 10 Mark zu haben, und auch das Brot aus ausländischem Getreide käme dreimal so teuer wie das deutsche Brot zu erhöhtem Preise. Wir können in nennenswertem Umfange gar nicht einführen, weil wir es zunächst nicht zahlen können.

Um den Kern des Problems zu erfassen, müssen wir die Fragen des Preises wissenschaftlich marxistisch auf den Wert der Waren zurückführen. Die Arbeit ist nicht nur die Quelle allen Reichtums, sondern der Wert jeder Ware entspricht auch der Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die in ihm steckt. Wenn früher ein Arbeiter täglich einen Stuhl fertigstellte und jetzt für diese Arbeit zwei Tage erfordert oder zwei Arbeiter gebraucht werden, so entspricht der Stuhl deshalb doch nur einer bestimmten Menge Lebensmittel, in der die gleiche Arbeitsleistung steckt. Die Arbeitsleistung in der Industrie ist nun außerordentlich gesunken. Da ist es ganz selbstverständlich, daß die Lebensmittel teurer und die Lebenshaltung der Industriearbeiter schlechter wird. Und wenn auch die

Arbeitsleistung in der Landwirtschaft sinkt,

so wird die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel geringer und dadurch die Lebenshaltung der breiten Masse wiederum niedriger. Die Vorgänge werden dadurch kompliziert, daß nicht der volle Arbeitsertrag den Arbeitenden heute zugute kommt, sondern ein Teil davon vom Unternehmer vorweggenommen wird. Dieser Anteil des Unternehmers ist heute größer als jemals zuvor, denn außer dem deutschen Unternehmer frißt am deutschen Arbeitsertrage die siegreiche Entente, und was sie verschlingt ist mehr, was jeder deutsche Kapitalprofit betragen hat. Aber diese Abzüge ändern nichts an dem Grundgesetz, daß die Lebenshaltung des Arbeiters wie der breiten Volksmasse überhaupt, mit der Intensität ihrer Arbeit steigt und fällt.

Durch den Krieg sind die Felder in allen Ländern verwüstet oder herabgewirtschaftet, die Produktionsinstrumente verbraucht oder heruntergewirtschaftet. Außer der Versorgung des Volkes muß die Arbeit jetzt noch ein Plus für den Wiederaufbau der Wirtschaft erzeugen, sonst leiden wir ewig unter Nahrungsmittelmangel, Kohlenknappheit und allgemeiner Warennot. Diese Aufgabe kann nur durch angespannteste Arbeit gelöst werden. Die Preisvorgänge sind relativ gleichgültig: ob das Brot 3 Mark kostet und der Wochenlohn der Wochenlohn auf 100 Mark normiert ist, das ist ziemlich belanglos gegenüber der Frage, wieviel Brot überhaupt im Lande vorhanden ist.

Waren schaffen, Werte erzeugen,

das ist das einzige, was die wirtschaftliche Lage der breiten Volksmassen heben kann. Sozialismus ist nur aufs beste organisierte Arbeit. Aber vor allem Arbeit! Daß diese Arbeit den Arbeitenden selber in möglichst weitem Umfange zugute kommt, das ist eine hochwichtige Aufgabe, aber selbst sie steht dahinter zurück, daß zunächst einmal gearbeitet wird. Erst muß genug da sein — dann kann man sich über die Verteilung streiten. Aus der Not führt uns nur die Arbeit den Weg zur Rettung. Die Tüchtigkeit der gegenwärtigen Regierung erweist sich darin, daß in den letzten Monaten die Arbeitsleistung wieder steigt. Wenn sie das in den folgenden Monaten im wachsenden Maße tut, dann und nur dann wird das Elend allmählich von uns weichen.

Schwedischer Kredit für Deutschland.

Kopenhagen, 29. Dezember. Laut Meldung der „Nationalidende" aus Göteborg haben die schwedischen Exporteure am Sonnabend die Beschaffung eines privaten Kredits an Deutschland beschlossen, damit die Schiffsausfuhr nach Deutschland fortgesetzt werden könne, bis der schwedische Staat helfend eingreife.

Die Verhandlungen in Paris.

Paris, 29. Dez. Die Mission des Ministerialdirektors von Simson wird heute, Montag nachmittag 3 Uhr, ihre erste Sitzung mit der interalliierten Kommission, die unter Vorsitz des Generals Lerond steht, haben.

Das neue Reichswahlgesetz.

Hört, seien die Entwürfe für das Reichswahlgesetz fertiggestellt. Ihre Veröffentlichung stehe unmittelbar bevor. Die Entwürfe stimmten darin überein, daß auf je 60 000 Stimmen ein Mandat entfalle. Ueber die Zurechnung der Reststimmen, die entweder einheitlich für das ganze Reich oder nach Provinzen erfolgen solle, gingen die Entwürfe auseinander.

Die Verfassung in Gotha angenommen.

In der „D. Allg. Ztg." wird die Nachricht als eine erfreuliche bezeichnet, daß unmittelbar vor Weihnachten die Landesversammlung in Gotha das Gesetz für die vorläufige Regierungsgewalt angenommen habe und sich zu staatsrechtlichen Reformen entschloß, die im wesentlichen den reichsrechtlichen Anforderungen an die Verfassungen der deutschen Länder entsprechen.

Die Tarifverhandlungen bei der Eisenbahn.

Berlin, 29. Dezember. In einer amtlichen Mitteilung über den Stand der Tarifverhandlungen bei der Eisenbahn heißt es u. a.: Es wird versucht, die Oeffentlichkeit durch die Nachricht zu beunruhigen, daß die Tarifverhandlungen der Eisenbahnverwaltung mit den Gewerkschaften der Eisenbahnarbeiter gescheitert seien. Die Nachricht ist unrichtig. Die Tarifverhandlungen haben bereits zur Verständigung über eine Reihe wichtiger Punkte des Tarifvertrages geführt. Sie sind bis zum 5. Januar vertagt worden und werden dann unverzüglich fortgeführt werden. Vor der Vertagung hat die Verwaltung nach Fühlungnahme mit den Gewerkschaften sich bereit erklärt, schon vom 1. Januar ab den Arbeitern nach Ortsklassen gestaffelt Zulagen zum jetzigen Stundenlohn zu zahlen.

Kein Friede im Osten.

WTB. Helsingfors, 28. Dez. Nachrichten aus Reval besagen, daß die Sowjetdelegation den Vorschlag angenommen hat, wonach auf der Konferenz von Dorpat nicht Frieden, sondern nur ein estnischer siebentägiger Waffenstillstand abgeschlossen werden soll, der fortlaufend verlängert wird, bis eine Kündigung erfolgt.

Der Achtstundentag in Dänemark.

Kopenhagen, 29. Dezember. „Politiken" meldet aus Stockholm: Infolge Einführung des achtstündigen Arbeitstages zum 1. Januar verlangen die Arbeiter als Ausgleich neue Lohnerhöhungen. Das Angebot der der Arbeitgeber auf Erhöhung des Stundenlohnes ohne Erhöhung der Akkordsätze wurde von den Arbeitern abgelehnt. In mehreren Industriezweigen droht für den 1. Januar ein Ausstand von 50 bis 60 000 Arbeitern.

Um die Internationale.

Bern, 29. Dezember. Schweizerische Depeschenagentur. Das Zentralkomitee der schweizerischen sozialistischen Partei wird in der ersten Hälfte des Januar zusammentreten, um die Möglichkeiten zu prüfen, die Sozialisten der ganzen Welt zur Wiedererrichtung der Internationale einzuberufen.

(Weitere Nachrichten und Telegramme Seite 3.)

Kulissen-Schieber.

„Hinter den Kulissen", mit dieser marktschreierischen Sensationsüberschrift bringt die „Freiheit" sogenannte „Enthüllungen" des ehemaligen Mehrheitssozialisten, jetzigen Unabhängigen Walter Oehme aus der Zeit der Volksbeauftragten-Regierung.

Oehme hat in den Wochen nach der Revolution in der Reichskanzlei den Posten eines Sekretärs beim Unterstaatssekretär Baake bekleidet; er wurde entlassen, weil man ihn nicht für zuverlässig hielt. Namentlich hatte man bemerkt, daß Oehme sich Abschriften wichtiger Schriftstücke fertigte und andere für sich zurückbehielt. Die Gründe seiner Entlassung rechtfertigt Oehme jetzt glänzend, indem er den Unabhängigen erzählt, was er erzählen kann. Freilich ist das herzlich wenig, denn Oehme hatte auf seinem untergeordneten Posten kaum Einblick in die wichtigeren Staatsgeschäfte und außerdem gibt es aus jenen Tagen auch nichts — wenigstens von Handlungen der mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten —, was das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätte.

Und so laufen denn auch die Oehmeschen Enthüllungen trotz der sensationellen Aufmachung, die ihnen gegeben wird, letzten Endes auf eine glänzende Rechtfertigung der Politik von Scheidemann, Ebert und Landsberg hinaus. Das einzige belastende Moment, das Oehme beibringt, stellt sich als grobe Unrichtigkeit heraus! Oehme behauptet nämlich, daß Ebert sich in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1918 zwischen 3 und 4 Uhr vor einer Deputation der Volksmarinedivision unter Lebedours Führung habe verleugnen lassen und somit die letzte Verständigungsmöglichkeit zerstört habe, ehe am 24. Dezember die Kämpfe um Schloß und Marstall begannen. Ebert hat sich aber nicht verleugnen lassen, sondern er ist, wofür mehrere zuverlässige Zeugen vorhanden sind, bereits eine halbe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191230-12/fragment/page=0001

Stunde vor Eintreffen der Deputation aus der Reichskanzlei abgefahren.

Ehe Oehme aber zu dieser Anklage gelangen kann, muß er eine Anzahl hochwichtiger Eingeständnisse ablegen, die auf diese Weise zum erstenmal in die Spalten der unabhängigen Presse gelangen. Es handelt sich um den Konflikt der Volksbeauftragten mit der Volksmarinedivision im Dezember 1918. Oehme muß zugestehen, daß das Verhalten der Volksmarinedivision nicht zu billigen war. Er führt es auf „mangelnde Selbstbeherrschung" ihres Führers Dorenbach zurück. Dorenbach litt nun allerdings nicht nur an mangelnder Selbstbeherrschung, er fälschte auch kaltblütig Aktenstücke, um den Konflikt zwischen Regierung und Volksmarinedivision zu steigern. Ueber die Verhaftung der Reichsregierung durch die Volksmarinedivision muß Oehme zugestehen:

Die Verhaftung der gesamten Reichsregierung wegen Lohnstreitigkeiten war ein Fehler, der bewies, wie wenig die Führer der V. M. D. der großen politischen Aufgabe gewachsen waren, die diese als Schutztruppe der Revolution auf sich genommen hatte.

Schon nach diesem Urteil ist es sehr schwer, zu einer Verurteilung des Verhaltens der Volksbeauftragten zu gelangen, weil diese sich schließlich der ständigen Uebergriffe der Volksmarinedivision mit Gewalt zu erwehren suchten. Aber Oehme bringt noch ein viel wichtigeres Zugeständnis. Der unmittelbare Anlaß des bewaffneten Einschreitens gegen die Volksmarinedivision war bekanntlich, daß diese den Berliner Stadtkommandanten Wels mit seinen Adjutanten im Marstall gefangen gesetzt hatte und dort sein Leben bedrohte. Von unabhängiger Seite ist stets bestritten worden, daß Wels bedroht gewesen sei. Der Führer der Volksmarinedivision, Radtke, der wiederholt aus dem Marstall an die Regierung telephoniert hatte, daß er für das Leben von Wels nicht mehr einstehen könne, stritt in bekannter unabhängiger Lügenmanier dieses Telephongespräch später hartnäckig ab.

Nun meldet sich Oehme als derjenige, der die telephonische Verbindung mit dem Marstall aufrechterhalten hat. Und was berichtet er über seine Gespräche mit Radtke? — Man höre:

Radtke teilte mir vom Marstall aus mehrmals mit, daß er die Matrosen nur mit Mühe davon abhalten könne, Wels ans Leben zu gehen. Radtkes telephonische Nachrichten aus dem Marstall wurden immer bedrohlicher und schließlich teilte er mit, daß er für das Leben von Wels nicht mehr garantieren könne. Ich machte diese Mitteilung den Volksbeauftragten, die sich daraufhin entschlossen, unverzüglich mit Waffengewalt gegen den Marstall vorzugehen, da nach ihrer Ansicht keine andere Möglichkeit mehr gegeben war.

Das ist genau die mehrheitssozialistische Darstellung, die von den Unabhängigen stets bestritten wurde. Trotz seines Ueberganges zur U. S. P. muß Oehme die von Radtke abgeleugneten Telephonate als Kronzeuge bestätigen. Ja, er muß bestätigen, daß die Volksbeauftragten, namentlich Ebert, sich bei ihrer Wertschätzung von Menschenleben nur mit größtem inneren Widerstreben zur Anwendung von Waffengewalt entschlossen. Und trotzdem kommt dieser Oehme mit der Behauptung, die mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten trügen die Schuld an dem Blutvergießen vom 24. Dezember, und als Beweis dafür hat er nichts mehr als die Behauptung, daß Ebert sich zwischen 3 und 4 Uhr nachts in der Reichskanzlei vor einer Deputation der Volksmarinedivision unter Führung Ledebours habe verleugnen lassen! Aber, wie schon hervorgehoben, Ebert war gar nicht in der Reichskanzlei, er hat sich nicht verleugnen lassen, sondern er wie die anderen Volksbeauftragten übernachteten in dieser Zeit der größten persönlichen Unsicherheit in den Wohnungen von Freunden und Bekannten, wo man ihre Anwesenheit nicht vermutete.

Zieht man diese falsche Behauptung aus der Oehmeschen Darstellung heraus, so bleibt nichts als eine glänzende moralische Rechtfertigung für das, was die Volksbeauftragten der Mehrheitspartei in den Dezembertagen getan haben. Oehme selbst muß zugestehen, daß die Volksmarinedivision sich unglaubliche Uebergriffe erlaubt hat, er muß als Zeuge dafür auftreten, daß erst auf die direkte Bedrohung des Lebens von Wels hin die Regierung sich zur Anwendung von Gewaltmaßnahmen entschlossen hat. Und schließlich mußte ja Oehme von der Richtigkeit dieser Maßnahmen überzeugt sein, denn wie hätte er es sonst über sich gewinnen können, damals im Dienste der Regierung zu bleiben?!

Die Kulissenschieberei, mit der sich Oehme bei seinen neuen Freunden anschmieren will, enthüllt im Grunde nichts als das ungeheuerliche Doppelspiel der Unabhängigen in ihrer Regierungsperiode: sie saßen in der Regierung und machten gleichzeitig Revolution gegen die Regierung. An dem kritischen 23. Dezember ließen sie sich auf der Reichskanzlei nicht sehen, sie überließen die Zügel der Regierung den Mehrheits-Volksbeauftragten, um sich dann hinterher zu beschweren, daß man sie ausgeschaltet hätte. In Wirklichkeit konnten sie sich nicht sehen lassen, weil bei dem ersten Gespräch mit ihnen zutage getreten wäre, daß sie den Mantel auf beiden Seiten trugen, daß sie als Mitglieder einer Regierung die Rebellion gegen diese Regierung zum mindesten moralisch unterstützten!

Will Herr Oehme weiter in dieser Art enthüllen, uns kann es nur lieb sein.

Aktenpolitik.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die kommunistische „Rote Fahne": Niemand versteht sich so gut auf die Politik der Akten wie die Leute vom marxistischen Zentrum mit ihrem Karl Kautsky an der Spitze. Für sie ist es schon ein Erfolg des Sozialismus, ist es schon eine politische Tat, in Akten suchen und sichten zu dürfen. Und wenn es gar gilt, Akten zu veröffentlichen, dann feiert die materialistische Geschichtsauffassung Orgien.

Mit welch einem Beifallsgeheul hat nicht die „Freiheit" die Veröffentlichung der Kautsky-Akten über den Kriegsausbruch begrüßt. Die sozialvazifistische Politik des rechten Flügels erstrahlte nach ihrer Meinung in bengalischer Beleuchtung, da endlich aus den Akten die Verbrecherpolitik des deutschen Imperialismus sich ergab.

Doch die Dinge haben auch ihre Kehrseite. Akten sind gefährlich.

Da sind auch die Akten, die böse Geschichten enthalten aus der Zeit, in der Haase, Dittmann, Barth als unabhängige Volksbeauftragte revolutionäre Politik machten. Herr Heilmann hat sich den Spaß erlaubt, hier einmal den kleinen Kautsky zu spielen. Auch er macht Aktenpolitik. Auch er veröffentlicht Akten, Akten, aus denen hervorgeht, so klar wie es nur aus Akten hervorgehen kann, daß die drei unabhängigen Volksbeauftragten zusammen mit Ebert, Scheidemann und Landsberg Hindenburg angefleht haben, an der Spitze der sich auflehnenden Armee zu bleiben; Akten, die unwiderleglich nachweisen, daß diese drei patentierten Revolutionäre auf den Rat von Karl Kautsky die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjet-Rußland abgelehnt und die Ankunft der russischen Delegierten zum ersten deutschen Rätekongreß verhindert haben.

Die „Freiheit" ist peinlich berührt über so viel Aktenpolitik. Wie unvorsichtig war es auch, die konterrevolutionäre Tat gleich zu den Akten zu geben, da der Mund noch so glatt von revolutionären Reden überfloß. Und so weiß das Blatt Hilferdings, das sonst jeden gefundenen Fetzen Papier zur Sensation aufbauscht, jetzt nur zu klagen über das verletzte Amtsgeheimnis.

So versteht es die Leitung der radikalen Berliner Arbeiter, jede politische Situation auf ihre revolutionäre Spitze zu treiben: die Auseinandersetzung über die Politik der Volksbeauftragten im Anfang der Revolution verwandelt sich unter ihrer Hand in eine Auseinandersetzung über die Grenzen des Amtsgeheimnisses. Hätten die Akten geschwiegen, so wäre Dittmann auch heute noch ein großer Staatsmann. Da sie aber reden, ist nur Heilmann daran schuld, daß Dittmanns Glorienschein verblaßt.

Die „Freiheit" wagt es nicht, die Politik der Dittmann und Kompagnons schlecht zu nennen, da sie schlecht ist. Sie kann es nicht wagen, weil Dittmanns Politik vom November 1918 noch heute trotz Leipzig die Politik ihres Chefredakteurs ist. Sie wird weiter den Ereignissen opportunistisch nachhinken, sie nachträglich aus den Akten weise marxistisch erklärend, statt dem suchenden Sozialistariat den Weg des lebendigen Vorwärtsschreitens zu weisen. Sie wird weiter über den geschichtswidrigen Bruch der Amtsverschwiegenheit jammern, wenn die veröffentlichten Akten wieder einmal keine Kautsky-Akten sein werden.

Was wird aus Roßbach?

Die Regierung hat sich entschlossen, gegen die Baltikummeuterer Gnade vor Recht walten zu lassen. Bei den Truppen, die seit Monaten im Baltikum standen und dem Befehl zurückzukehren, nicht nachkamen, weil sie ein Anrecht auf Siedelung zu haben glaubten, kann man in der Tat mildernde Umstände ins Feld führen, zumal da ihnen von ihren Offizieren und ihren Soldatenzeitungen vorgelogen wurde, die Regierung wünsche gar nicht ihre Rückkehr, sondern habe den Befehl nur formal unter dem Druck der Entente ausgesprochen. Weniger gilt diese Entschuldigung für die Verführer selber, für die Offiziere der Truppen, die wissen mußten, daß sie in offener Auflehnung gegen die Regierung handelten.

In keiner Weise aber kann er geltend gemacht werden für das Detachement Roßbach und seinen Führer. Das Detachement Roßbach stand nicht im Baltikum, ihm waren keinerlei Versprechungen gemacht worden. Es gehörte zur Besatzung Ostpreußens. Da im Oktober bekannt wurde, daß das Detachement die Absicht habe, nach dem Baltikum herüberzugehen, wurde es mehr ins Innere, nach Marienburg verlegt und bekam entsprechenden Marschbefehl. Auf dem Marsche aber drehte das Detachement um, nahm noch die Hälfte eines Infanterieregiments mit, das den Befehl hatte, es aufzuhalten, und überschritt teils auf Schleichwegen, teils den Widerstand des Grenzschutzes mit Gewalt brechend, die Grenze. Im Baltikum angelangt, erließ es dann eine Proklamation, die eine offene Verhöhnung der Regierung darstellte.

Ein krasserer Fall der Meuterei und Desertion ist nicht denkbar. Läßt sich die Regierung eine derartige Provokation wirklich gefallen, so kann sie sich nicht wundern, wenn sie von den Deutschnationalen einfach ausgelacht wird. Aber die Regierung hat nicht nur die moralische, sie hat auch die rechtliche Verpflichtung, Roßbach und seine Helfershelfer unter Anklage zu stellen. Das geltende Recht steht im Zeichen des Anklagezwanges. Die Anklagebehörden sind verpflichtet, gegen jedes ihnen zur Kenntnis kommende Verbrechen einzuschreiten. Die Reichsverfassung steht wohl die Möglichkeit der Amnestie für verhängte Strafen vor, aber eine Niederschlagung schwebender Prozesse ist rechtlich unzulässig. Da öffentlich bekannt ist, daß das Detachement Roßbach eine schwere Meuterei verübt hat, so haben die zuständigen Anklagebehörden in Aktion zu treten, andernfalls sie sich selber eines strafbaren Vergehens schuldig machen.

Wir fordern hiermit öffentlich auf, gegen Leutnant Roßbach und seine Leute wegen Meuterei und Fahnenflucht Anklage zu erheben.

Die passive Handelsbilanz Frankreichs.

Auch Frankreich hat bekanntlich seine schwere wirtschaftliche Not. Die Valuta ist etwa auf die Hälfte des Friedensstandes gesunken. Inwieweit davon auch die Entwicklung des französischen Außenhandels schuld ist, geht aus nachfolgender Aufstellung hervor, die beweist, daß der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr dem Werte nach außerordentlich angewachsen ist.

Nach verschiedenen Veröffentlichungen hat Frankreich vom 1. Januar bis 31. Oktober 1919 Waren im Werte von 28 109 984 000 Franken eingeführt und für 5 528 494 000 Franken ausgeführt. Das bedeutet einen Ueberschuß der Käufe über die Verkäufe von 17 Milliarden 582 Millionen Franken. Gegenüber der gleichen Zeit von 1918 ist die Einfuhr um 5 186 121 000 Franken gestiegen, die Ausfuhr um 1 471 806 000 Franken.

Die Hölle.

23) Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.

(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich.)

(Nachdruck verboten.)

VII.

Das Zimmer liegt in der qualmigen Unordnung des Morgens. Die Frau, die der Geliebte kürzlich herzleide genannt hatte, ist mit ihrem Gatten im Zimmer. Sie kommen von der Reise zurück.

Ich habe sie nicht kommen hören. Ich war wahrscheinlich zu matt.

Er hat den Hut noch nicht abgenommen. Er sitzt neben dem Bett, das noch nicht gemacht ist. Doch ich sehe deutlich, daß ein Mensch oder ein Paar darinnen gelegen hat. Sie kleidet sich an. Ich sehe, wie sie durch die Tür des Ankleidezimmers hinausgeht. Ich betrachte den Gatten, dessen Züge eine große Regelmäßigkeit und selbst eine gewisse Vornehmheit verraten. Die Stirnlinie ist wohl gezeichnet. Mund und Schnurrbart allein sind ein wenig gewöhnlich. Er hat ein gesünderes und kräftigeres Aussehen als der Geliebte. Die Hand, die mit einem Spazierstock spielt, ist fein geformt, und der ganze Mann mit beträchtlicher Eleganz ausgestattet. Das ist der Mann, den sie betrügt, und den sie haßt. Das sind der Kopf, die Gestalt und der Ausdruck, die in ihren Augen entstellt, verzerrt und gleichbedeutend mit ihrem Unglück sind.

Plötzlich ist sie wieder da. Mitten in meine Blicke tritt sie hinein. Mein Herz stockt, dann reißt es mich fort, ganz zu ihr hin. Sie ist bald angezogen. Ihrem Schritte und der unteren Wölbung ihres Körpers schmiegt sich ein malvenfarbenes Hemd an, das kurz und leicht und von ihrem Busen gespannt ist. Als sie aus dem Ankleidezimmer kommt, scheint sie etwas schleppend und lässig nach den tausend Nichtigkeiten, die sie schon ausgeführt hat. Sie hält eine Zahnbürste in der Hand; der Mund ist noch ganz feucht und glänzend, und die Haare sind aufgelöst. Das Bein ist wohlgebaut und hübsch. Der kleine Fuß steht hochgewölbt auf dem spitzigen Stiefelabsatz. Das Zimmer ist ganz durcheinander und erfüllt von einer Menge Duft; Seife, Puder, der scharfe Geruch von Kölnisch-Wasser, alles das eingeschlossen in die Schwülheit des Morgens.

Sie ist hinaus, sie ist wiedergekommen. Sie ist noch von Lauigkeit und Seifenschaum bedeckt. Dann steht sie ganz frisch da und wischt von dem rosigen Gesicht die Wassertropfen ab.

Er, er redet, er setzt ein Geschäft auseinander. Er hat die Beine ausgestreckt. Bald blickt er sie an, bald blickt er sie nicht an.

„Weißt, Bernards haben sich akzeptiert in der Bahnhofsache —"

Diesmal folgt er ihr beim Reden mit den Augen. Dann blickt er anderswohin. Er läßt die Augen über den Teppich schweifen, er schnalzt nervös mit der Zunge, ganz wie es ihm gefällt. Währenddessen geht sie auf und nieder.

Und man hört, wie das banale Gerede des Gatten hinsummt; man vernimmt das Wort, das ihr fremd bleibt, das Wort, das wie eine Lästerung klingt in diesem Zimmer, zu dem sie ihre Nachtheit getragen hat.

Sie legt ihr Korsett an, die Strumpfbänder, die Hose, den Rock. Der Mann bleibt in seiner tierischen Gleichgültigkeit, er fällt in seine Gedanken zurück.

Sie steht vor dem Kaminspiegel und hantiert mit Schächtelchen und Gegenständen. Der Spiegel im Ankleidezimmer genügt ihr offenbar nicht für das, was sie tun will. Während sie ihre Toilette vollendet, spricht sie ganz für sich allein. Sie schwätzelt, sie ist heiter und angeregt, denn der Frühling des Tages hat eben erst begonnen.

Sie ist geschäftig und buntscheckig. Sie braucht viel Zeit, um sich fertig zu machen, aber das sind bedeutsame und keineswegs vergeudete Stunden. Dann aber beeilt sie sich. Jetzt schließt sie einen Schrank auf und nimmt ein leichtduftiges Kleid heraus, und sie hält es vor sich hin wie ein Vogelnestgedausch.

Dieses Kleid zieht sie an. Dann kommt ihr plötzlich ein Gedanke, und sie hält ein, und sie sagt: „Nein, nein, nein doch!"

Sie zieht das Kleid wieder aus und holt ein neues: einen dunklen Rock und eine Bluse. Sie nimmt einen Hut und kräuselt die Schleife ein wenig auf. Dann hält sie die Re'engarnierung vors Gesicht. Sie steht sich im Spiegel an. Nun ist sie wohl zufrieden, sie summt etwas vor sich hin.

*

Er sieht sie nicht an, und wenn er sie ansieht, dann sieht er sie nicht.

Ach, das ist feierlich, das ist ein Drama, ein trübseliges und darum desto mehr angespanntes Drama. Dieser Mann ist nicht glücklich, und trotzdem beneide ich ihn um sein Glück. Sagt mir, was gibt es darauf zu antworten, wenn nicht das: Unser Glück liegt in uns, in jeglichem von uns, unser Glück ist die Begierde nach dem, was wir nicht haben.

Diese Menschenkinder sind zusammen, aber in Wirklichkeit sind sie fern, fern eines von dem anderen. Sie haben sich verlassen, ohne sich zu verlassen. Auf ihnen liegt es wie eine Hinterlist des Rechts. Sie werden sich niemals mehr näherkommen, denn den Raum zwischen ihnen füllt ganz und gar die erloschene Liebe aus. Diese Stille, dieses Nichtswissenkönnen des einen von dem anderen, das ist das Grausamste auf Erden. Sich nicht mehr lieben, das ist schlimmer als sich hassen. Denn was man auch immer sagen mag: der Tod ist schlimmer als das Leiden.

Ich habe Erbarmen mit diesen Menschenkindern, die dahingehen nebeneinander und zusammengekettet sind durch die Gleichgültigkeit. Erbarmen habe ich mit dem armen Menschenherzen, das so kurze Zeit nur besitzt, was es besitzt. Erbarmen habe ich mit den Menschen, die ein Herz haben und doch nicht lieben dürfen. Und vor diesem so schlichten, von der Zerschellung betroffenen Bilde habe ich eine Weile lang das ungeheure und unzählbare Leiden der Menschengeschöpfe empfunden, die noch mehr leiden als ich.

*

Jetzt ist sie ganz angezogen. Sie hat ein dunkles Jackett angelegt. Am Ausschnitt ist die Waschbluse sichtbar, deren Rand rosig und dorten durchsichtig ist, wo ihres Körpers Licht und Helligkeit beginnt. Und nun verläßt sie uns.

Und auch er schickt sich an, auszugehen. Die Türe wird von neuem geöffnet. Kommt sie zurück? — Nein, es ist das Stubenmädchen. Sie macht Miene, wieder wegzugehen.

Sie sagt: „Ich will aufräumen, doch wenn ich höre —"

„Sie können bleiben."

Sie rückt Gegenstände zurecht, sie öffnet Schubladen.

Er blickt auf, er folgt ihr mit dem Augenwinkel.

Er steht auf. Er geht auf sie zu, er ist ungeschickt und wohlgebaut. Ein Geschiebe, ein Schrei, der von einem mächtigen Lachen erstickt wird. Sie läßt die Bürste fallen und den Kamm, den sie gehalten hat. Er hat sie von rückwärts erfaßt. Er greift durch die Bluse nach den Brüsten des Mädchens.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191230-12/fragment/page=0002

Die Geister, die sie riefen....

Am Montag voriger Woche hat die Generalversammlung der U. S. P. in Berlin zum unabhängigen Parteitag in Leipzig Stellung genommen. Der Katzenjammer über die Leipziger Verhandlungen, der sich in der gesamten U. S. P. bemerkbar macht, hat sich auch in Berlin gezeigt. Während die „Volksführer“, wie Crispien, in Leipzig große Fanfaren bließen, spielten sie in Berlin ganz andere Instrumente. Wenn auch Däumig, „der magistrale Fanatiker, die wunderliche Mischung von Revolutionsfanatiker und Organisationsphilister“, wie ihn sein Parteigenosse Ströbel bezeichnet hat, wenn auch der Revolutionsdäumling wiederum seine alten Phrasen drischt, aus denen er wohl selbst nicht klug wird, so konnte man von Crispien einige Bekenntnisse hören, von denen man nur wünschte, daß er auch den Mut gehabt hätte, sie in Leipzig vorzutragen.

Seit der Aufhebung des Belagerungszustandes erscheinen wieder die Blätter der zehnfach gespaltenen Kommunisten, und es ist gerade keine angenehme Brühe, die die beiden „Roten Fahnen“ auf das Haupt der „Freiheitleute“ herunterträufeln. Nach links gegen die ehemaligen Verbündeten schleuderte Crispien den Bannfluch, daß sie nicht mehr marxistisch seien. Was er dann aber über die Behandlung sagte, die die Führer der Kommunisten von ihren eigenen Leuten erdulden müssen, das galt in Wirklichkeit für die Unabhängige Partei selbst. „Die Kommunisten“, meinte der Vorsitzende der U. S. P., „sind heute als Partei ein Trümmerhaufen. Ihre Führer sind vor den eigenen Genossen ihres Lebens nicht mehr sicher. So muß es kommen, wenn man ständig die Führer herunterreißt. Wir können uns als Partei nicht einfach aufgeben, wir müssen erst mit den Kommunisten als gleichberechtigte Genossen reden, wenn wir mit ihnen zurechtkommen wollen. In der „Roten Fahne“, die als Konkurrenzorgan der „Freiheit“ erscheint, wird eine Politik journalistischer Bravos getrieben. Wenn diese Politik der Kommunisten weiter verfolgt wird, sprengen wir die deutsche Arbeiterbewegung. Die Methode, gegen die Führer systematisch zu hetzen, muß bekämpft werden. Gestern wurde gegen Kautsky und Ströbel gehetzt, heute sind es Hilferding und Ledebour. Wer kann überhaupt noch als Führer gelten, wenn er jederzeit auf den Scheiterhaufen gestellt werden kann? Die Führer müssen das Vertrauen der Massen haben, auch wenn sie einmal ihre eigene Meinung sagen. Soweit geht es denn doch nicht, daß man Hilferding ganz einfach davonjagt, wegen Artikel, von denen man nicht einmal weiß, ob er sie alle selbst geschrieben hat. Unsere Redakteure müssen das Recht haben, ihre Meinung zu sagen. Ihr nehmt auch das Recht für Euch in Anspruch, zu sagen, was Ihr denkt.“ Ebenso meinte Dittmann: „Es ist notwendig, daß die verantwortlichen Vertreter der Partei, wo es angebracht ist, ihre Stimme erheben. Es wäre traurig, ihnen verbieten zu wollen, das zu sagen, was das Gewissen ihnen vorschreibt. Die Absicht der Reaktion ist, die gegenwärtigen Dinge zum Zusammenbruch und die Unabhängigen in dieser verzweifelten Lage an die Spitze zu bringen.“

Gegenüber diesen Worten halte man sich die Taten der Unabhängigen vor Augen, wie wir sie seit der Spaltung der Partei verfolgen können, halte sich vor Augen, was die Unabhängigen nach ihren eigenen Worten am Sozialismus, an der Arbeiterklasse und an der Republik gesündigt haben, und was niemand schärfer kritisieren kann, wie sie jetzt selbst in Berlin getan haben. Däumig verkündet die Uebernahme der Gewalt durch die Diktatur des „Proletariats“, Dittmann warnt und es graut ihm, wenn seine Partei ans Ruder kommen soll. Sie fürchten bereits, von ihren verhetzten Anhängern erschlagen zu werden, weil sie genau wissen, daß unter ihrer Herrschaft das versprochene Paradies nicht kommen wird, daß sie die Arbeitermassen mit leeren Versprechen abspeisen, die sie nie erfüllen werden können, daß dieselben Sünden, die sie heute unserer Regierung vorwerfen, in noch schlimmeren Maße morgen ihre eigenen sein werden, daß ihren Worten, an die sie heute schon selbst nicht mehr glauben, niemals Taten folgen können, daß ihre ganze Agitation Lug und Trug ist.

Deshalb bangt den Crispien um seine Mannen heute schon vor den Geistern, die sie riefen und nicht mehr los werden, bangt den Führern, wenn sie Verführten die Rechnung vorlegen, die man ihnen niemals bezahlen kann.

Die Ausgeburt des Siegerhasses.

Zu der bekannten Verurteilung der beiden Gebrüder Roechling durch ein französisches Gericht schreibt der „Vorwärts“: Die Gebrüder Roechling hatten Maschinen, die aus den besetzten Gebieten entnommen waren und ihnen durch die Reichsregierung zugewiesen wurden, wie andere deutsche Industrielle auch, in ihren Betrieben aufgestellt. Der eine der Gebrüder Roechling befindet sich in Deutschland, der andere hat seinerzeit bei dem Vorrücken der Franzosen, entgegen dem Anraten seiner Freunde, es abgelehnt, seinen Platz zu verlassen. Er wurde von den Franzosen verhaftet und dann wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch dann ist er den Ratschlägen, sich in Sicherheit zu bringen, nicht gefolgt, sondern ist geblieben. Wenige Tage darauf ist er erneut verhaftet worden und nun hat man ihn zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Millionen Franken Geldstrafe verurteilt. Die gleiche Strafe wurde gegen seinen in Deutschland befindlichen Bruder ausgesprochen.

Wie man politisch oder wirtschaftlich zu den Gebrüdern Roechling steht, spielt hier keine Rolle. Juristisch ist dieses Urteil eine französische Ungeheuerlichkeit. Was die Gebrüder Roechling getan haben, ist auf Veranlassung oder wenigstens unter aktiver Hilfe der damaligen Reichsregierung erfolgt, die für sie als oberste Instanz des Deutschen Reiches maßgebend war. Wenn Frankreich eine sachliche Verfolgung der Angelegenheit am Herzen gelegen wäre, hätte es sich damit an die deutsche Regierung wenden müssen. So stellt sich das richterliche Vorgehen als ein ekelhafter Justizmord und als die Absicht dar, jeden deutschen Einfluß aus dem besetzten Gebiet hinauszutreiben. Das Urteil ist in seiner Wirkung gleichbedeutend mit der Konfiskation der gesamten Roechlingschen Werke durch Frankreich. Zwanzig Millionen Franken sollen die Gebrüder Roechling zusammen bezahlen, das macht nach dem gegenwärtigen Stand der Währung fast 100 Millionen Mark aus. Da eine derartige Summe natürlich niemals bezahlt werden kann, nehmen die Franzosen die Roechlingschen Hüttenwerke in Beschlag und konfiszieren sie als Ersatz für die Geldstrafe.

Das ist nackter Raub, ausgeführt von haßerfüllten Menschen. Auf ähnliche Weise kann Frankreich allerdings eine ganze Reihe von deutschen Fabriken unter Gewaltanwendung enteignen und sie französischen Kapitalisten in die Hand spielen. Rücksichtsloser ist wohl nie die Lüge von der Gerechtigkeit, die die Alliierten fortgesetzt im Munde geführt haben, entkleidet worden. Schamloser ist nie das Recht vergewaltigt worden.

Dienstbotenklatsch. Für die Kampfesweise der unabhängigen Presse ist bezeichnend, daß sie als „Material“ gegen Noske bereits auf den albernsten und kindischsten Dienstbotenklatsch verfällt. Sie erzählt eine wundervolle Geschichte über das Dienstmädchen von Sklarz, das sich gewundert habe, Noske einen Likör einzugießen, weil er schon genug davon bekommen habe. — Damit ist die Uzi-Presse auf das Niveau der niedrigsten alldeutschen Hetzpresse herabgesunken, die sich in ganz ähnlicher Weise täglich bemüht, Familiengeschichten über den Reichspräsidenten oder irgendwelcher Reichsminister zu erfinden, die sich nachher als absolute Erfindung herausstellen. (Die Reichspräsidentin im Kinderhort, der Reichspräsident in der Kaiserloge usw.) Wenn es die Organe so weiter treiben, werden sie bald ein Ehrendiplom vom Alldeutschen Verband erhalten.

Für die Präsidentenwahl in Frankreich, voraussichtlich am 17. Januar, werden verschiedenen Blättern zufolge, umfassende Vorbereitungen getroffen.

Die Kohlennot in Frankreich zwingt zu den einschneidensten Maßnahmen. Man will auch den Neunstundentag im Bergbau einführen.

Der französische Sozialistenkongreß ist auf den 25. Februar vertagt. Er findet in Straßburg statt.

Kleines Feuilleton.

Theodor Fontane.

(1819 — 30. Dezember — 1919.)

Am 20. September 1898 starb Theodor Fontane. Der fast 80jährige hinterließ ein Romanwerk, zu dessen Beginn erst der Mann von 60 Jahren Feuer fing. Vorher, nach der Apothekerwürde, schrieb der freie Schriftsteller bis auf ein paar kleinere Ausnahmen und einige Balladen, belanglose Verse, die nicht einmal literarhistorischen Wert haben, Theaterkritiken, Kriegsbücher und Autobiographisches. Und auch „Die Wanderungen durch die Mark Brandenburg“, möge der Anstoß zu ihrem Niederschreiben die Liebe des Emigrantennachfahren Fontane gewesen sein, sind schon längst aus einer vollwertigen Betrachtung herausgerückt. Nur die Romane von „Vor dem Sturm“ bis zur „Effi Briest“ und „Stechlin“ tragen eine Lebendigkeit in sich, die bedingt ist durch eine Rückerinnerung an die Lebensperipherie des im Mittelpunkt betrachtenden Fontane.

Mit manchem Unrecht sucht ein jüngstes, ethisch und aktiv beregtes Dichtergeschlecht die resigniert-kontemplative Weltbetrachtung Fontanes abzutun.

Genau wie man gegen ein Dichtergeschlecht kämpft, dessen repräsentative Haupterscheinung Thomas Mann ist und deren Werk das bewegte Ich nicht in den Ablauf der Erscheinungen stellt. Zwischen diesen beiden Generationen liegt mit Werfel „Die Feindschaft der geschiedenen Lebensalter“, aber um zu Fontane zu kommen, muß eine Umstellung der seelischen Empfindungsschicht stattfinden, die nicht mehr subjektiv-selbstbewußt orientiert ist. Fontane gehört dem Alter nach zu einer längst gesunkenen Epoche, deren lebende Hauptkräfte Paul Keller und Raabe, deren in die Literaturgeschichte abwirkende Faktoren Storm und Conrad Ferdinand Meyer, und deren längst tote Paul Heyse und Friedrich Spielhagen sind. Nach einer sechzigjährigen Aufspeicherung von anekdotischen Begebenheiten und jetzt nicht unter anerkannten Erfahrungsweisheiten, die aus einem unabgeschliffenen Erfassen kommen, begann Fontane seine Romane, als schon die Wetterzeichen des revolutionären Naturalismus am Horizonte standen. Nur das ist das Große an diesem Greise, daß er politisch diese neue Zeit anerkannte, daß er das neue Element, allerdings gebunden an seine eigene Weltanschauung in sein Werk hineintrug, daß er trotz konservativer Betrachtung den Kulturfortschritt nicht beklagte und nicht in den damals üblichen Wehschrei über den Verlust, den dieser Fortschritt brachte, miteinstimmte.

Als ein spezifisch reizvolles Werk, nur aus dem märkisch-preußischen Menschen und seiner sich aus dem Biedermeier loslösenden Zeit zu empfinden, muß man Fontanes Romane lesen. So wie man etwa aus Keyserlings Romanen mit subjektiver Verständnislosigkeit den rhythmisch-pessimistischen Einschlag erfassend und mitgezogen herauslösen kann. Und man wird an ein Dichtertum glauben, dem unehrliche Pose und ehrliche Würdenfeierlichkeit fehlte, der sein nur aus einem ganz bestimmten Ansichtswinkel zu erfassendes Werk technisch-handwerklich geschlossen hinstellte. Nur Ausschnitte sind es oft aus dem großen Menschenkreislauf, oft scheint der Hauptton auf den Nebengestalten zu ruhen, die Gesamtheit ist schließlich immer eine Vollkommenheit, die erst später auf die technische Feinarbeit schauen läßt. Doch mag man an allen Romanen scharf-kritisch nach Mängeln suchen, und man muß und wird sie finden, der letzte Roman „Effi Briest“ wird aller kritischen Durchleuchtung standhalten, wird jedem anders Empfindenden und Betrachtenden doch immer ein objektiver Wert sein.

Aus Fontanes Briefen, die jetzt erst ganz an die Oeffentlichkeit gelangen, tritt nur der Mensch, der seine Grenzen erkannte, und doch seine Gebundenheit im Kampfe überschritt. Der sein Werk schuf, der aus diesem „seinem“ Werk zum Dichter bestimmt worden ist. Er war ein selbständig betrachtender subalterner Beamter des Lebens und seine resignierte Güte ist dem Vater verwandt, der sich in Anton Wildgans „Armut“ zur Menschlichkeit auflöst.

Otto Brattskoven.

Stadttheater. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß die heutige Abend-Vorstellung „Tristan und Isolde“ um 6 Uhr beginnt. Mittwoch nachm. 3½ Uhr gelangt das Märchenspiel „Der Himmels-Schneider“ zur Aufführung, ab. 7 Uhr „Der Zigeunerbaron“. Donnerstag (Neujahr) nachm. 3 Uhr „Das Dorf ohne Glocke“, abends 7 Uhr „Der Freischütz“. Freitag „Das Christelflein“, Sonnabend Erstaufführung „Brunhild“, Trauerspiel von Paul Ernst. Sonntag nachm. „Der Himmels-Schneider“, Sonntag abend „Lohengrin“. — Im Stadttheater wird eine Aufführung des Trauerspiels „Brunhild“ von Paul Ernst vorbereitet. Der Theateranzeiger wird eine Einführung in das Drama im Zusammenhang mit einer Charakteristik des Kunstschaffens des Dichters bringen. Die Erstaufführung findet am Sonnabend, den 3. Januar, statt.

Gegen die Budapester Todesurteile. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht ein ihr aus Paris zugegangenes Telegramm, in welchem Anatole France, Marcel Cachin, Jean Longuet und die Redaktionen von „Humanité“ und „Populaire“ gegen die neuerlichen Todesurteile in Budapest energisch protestieren.

Enver Pascha ist zum König von Kurdistan gewählt und gekrönt worden.

Parteinachrichten.

Austritte aus der U. S. P.

„Der Marxist“, das Organ der Zentralstelle für die Einigung der sozialdemokratischen Parteien, erteilt folgende zum Nachdenken anregende Auskunft:

Wir werden von vielen Genossen der U. S. P. D. um Rat gefragt, ob sie aus ihrer Partei austreten sollten, da sie nach den Beschlüssen des Leipziger Parteitages aus grundsätzlicher und prinzipieller Ueberzeugung nicht mehr in den Reihen der U. S. P. D. arbeiten könnten, aber ebensowenig der S. P. D. beizutreten gewillt sind.

Wir verstehen diese Gewissensfrage und erkennen die Schwierigkeiten voll und ganz, und doch geben wir den Fragestellern den aufrichtigen Rat: dort zu bleiben und nach besten Kräften weiter zu arbeiten. Gerade aus dem Grunde, weil man sich nicht außerhalb der sozialistischen Organisationen stellt und stellen darf. Auch die Persönlichkeitsfragen müssen überwunden werden.

Aus aller Welt.

Berlin. Größere Kälte. Nach dem gestrigen Schneefall sank die Temperatur nachts auf 12 Grad Reaumur. Die Kälte hält heute an.

Frankfurt a. M. Weiteres Ausbreiten des Hochwassers. Infolge der starken Niederschläge der letzten Wochen und der raschen Schneeschmelze ist auch der Main stark gestiegen. Während der Feiertage und am gestrigen Sonntag wurde an den Ufern in Frankfurt verschiedener Schaden angerichtet. Die Bergungsarbeiten wurden sowohl während der Feiertage, wie auch am gestrigen Sonntag aufgenommen. Das Wasser steigt weiter.

Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Die autoritative Regierung des alten zerborstenen Obrigkeitsstaates hielt es für nötig im Interesse einer „guten“ Bevölkerungspolitik den Zeitungsredaktionen die täglichen Nachrichten des Standesamtes zu sperren. Bald darauf kam der Kriegswahnsinn, dessen Opfer 2 Millionen blühender Menschenleben in Deutschland wurden. Wir sind inzwischen ein freies Volk geworden, dem jede Bevormundung unerträglich ist. Wir glauben, daß es bei dem gegenwärtigen Minister des Innern nur einer Anregung bedürfen wird, um die Standesamtsnachrichten für alle Zeitungen wieder freizugeben. Die Fraktionen sollten schleunigst einen solchen Antrag an ihn stellen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die weiteren neuen Steuern.

Berlin, 30. Dez. Wie laut „Lok.-Anz.“ die „Berl. Pol. Nachrichten“ erfahren, beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen nach Wiederzusammentritt der Nationalversammlung Näheres über die weiteren Steuerpläne mitzuteilen. Aus der Reihe der Projekte, die Gegenstand der Erörterungen waren, sei die Betriebsgewinnsteuer ausgeschieden. Der als Ergänzung zum Reichseinkommensteuer-Gesetzentwurf über die Aufwandsbesteuerung sei nahezu fertiggestellt. Von einer gewissen Einkommensgrenze ab solle der übermäßige Aufwand mit einer über die Besteuerung des Vermögenszuwachses nach dem Besitzsteuergesetz hinausgehenden besonderen Steuer belegt werden.

Gegen die Baltikum-Banden.

Ueber die Behandlung von Banden beim Grenzübertritt erließ der Befehlshaber des Wehrkreis-Kommandos I, von Estorff, in Königsberg eine Verordnung, in der es u. a. heißt: Es ist zurzeit die Hauptaufgabe des Grenzschutzes, den deutschen Boden vor diesen Banden zu schützen. Sie sind mit allen Mitteln beim Grenzübergang unschädlich zu machen und gefangen zu nehmen. Bewaffneter Widerstand ist mit der Waffe zu brechen. Bei Fluchtversuch von Festgenommenen ist gleichfalls rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.

Freispruch im Prozeß Helmhake.

Die Verhandlung vor dem Kommandanturgericht Schöneberg gegen den Oberleutnant Hiller endete gestern abend in den Hauptfällen mit der Freisprechung des Angeklagten. In zwei Fällen habe er sich schuldig gemacht, er erhielt dafür eine Gesamtstrafe von 7 Wochen Festungshaft.

Italien und der Dreibund.

WTB. Paris, 29 Dezember. „Eclair“ beschäftigt sich eingehend mit dem vom französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten herausgegebenen Gelbbuch. Das Blatt behauptet, das Gelbbuch beweise, daß schon im Jahre 1902 Italien die Verpflichtung übernommen habe, sich an keinem Angriff gegen Frankreich zu beteiligen. Das Blatt veröffentlicht Berichte des Botschafters Barrere, von Visconti Venosta und des Ministers des Aeußern Prenetti über die Unterhaltungen, die sich zum Teil auf die Erneuerung des Dreibundes beziehen. Der „Eclair“ fährt fort, die Dokumente seien von allergrößter Bedeutung, weil sie einen klaren Beweis lieferten, daß die Haltung Italiens bei Beginn der Feindseligkeiten, also seine Neutralität, vorauszusehen war.

Das Attentat auf French.

WTB. London, 28. Dez. Weitere Meldungen aus Dublin besagen, im Gegensatz zu dem ersten Bericht, daß es sich bei der Schießerei nicht um einen Angriff auf die Wohnung des Vizekönigs handelte. Im Königspark neben dem Hause des Vizekönigs wurde Schießerei gehört. Daraufhin verließen ein Offizier und eine Anzahl Soldaten das Haus, um die Ursache festzustellen, die aber nicht aufgeklärt ist. Der Offizier wurde im Park erschossen. Die vier Personen, deren Verhaftung gemeldet wurde, sind festgenommen worden, als sie den Park verließen.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Seydewitz, für „Aus der Provinz“: K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191230-12/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Verordnung betr. Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. Sept. 1918 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel (RGBl. S. 1143 ff.) und der von dem Herrn Minister für Volkswohlfahrt erteilten Ermächtigung wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

§ 1.

Alle Hausbesitzer bezw. ihre Stellvertreter haben jede Wohnung innerhalb 3 Tagen, nachdem sie gekündigt ist oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Wohnungsamt anzuzeigen. Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem der Magistrat (Wohnungsamt) erklärt hat, daß er einen Wohnungsuchenden gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 (bezw. § 3 der Magistratsverordnung vom 15. Oktober 1919) für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß der Magistrat (Wohnungsamt) sich erklärt hat. Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Mietverträge sind rechtsungültig. Vermieter, die dieser Vorschrift zuwider handeln, unterliegen der im § 10 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 (bezw. im § 11 der Magistratsverordnung vom 15. Oktober 1919) festgesetzten Strafe.

§ 2.

In Räume, deren Beschlagnahme auf Grund der dem Magistrat erteilten Ermächtigungen der zuständigen Staatsbehörden erfolgt, kann im Wege der vorläufigen Anordnung des Magistrats (Wohnungsamt) ein Wohnungsuchender schon vor der Entscheidung des Mieteinigungsamtes eingewiesen werden, sofern der Bewerber einen angemessenen Mietzins zu zahlen bereit ist.

§ 3.

Klagen auf Räumung von Wohnungen dürfen nur mit Zustimmung des Mieteinigungsamtes angestrengt werden.

Halle, den 24. Dezember 1919.

Der Magistrat. Rive. Tepelmann.

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch auf den Abschnitt 18 für die eingetragenen Kunden bei den Milchhändlerinnen Ebert, Gr. Brunnenstr. 54, Jäckch, Gr. Brunnenstr. 16, Meinhardt, Zietenstr. 5, und dem Milchhändler Wetzel, Keßnerstraße 8. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 78 Pf. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind am Freitag, den 2. Januar 1920, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Mittwoch. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 56 501—60 000 vorm. von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ⅛ Pfund zum Preise von 60 Pf. abgegeben, sofern der Verkauf in Spalte 7 des alten Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Speisesirup. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Speisesirup wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am **Mittwoch, 31. Dezember.** Für jede Person eines Haushaltes werden 100 Gramm abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 83 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, den Sirup bei denjenigen Verkäufern einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 455 des Warenbezugsscheines 27. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Sonderzuckerkarten. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die in der Woche vom 8. bis 14. Dezember 1919 ausgegebenen Sonderzuckerkarten mit Ablauf des 31. Dezember 1919 ihre Gültigkeit verlieren.

Das Liter Milch 80 Pf. Vom 1. Januar 1920 ab wird der Milchpreis für den Verkauf an den Verbraucher für das Liter Vollmilch auf 80 Pfennig festgesetzt. Der Preis ist Höchstpreis im Sinne des Gesetzes betreffend die Festsetzung der Höchstpreise; die Ueberschreitung wird mit den im Gesetze angedrohten Strafen geahndet.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die städtische **Verkaufsstelle in der Talamtschule am Mittwoch**, den 31. Dez. 1919, um 1 Uhr mittags geschlossen wird.

Halle, den 30. Dezember 1919. **Der Magistrat.**

Walhalla.
Operettentheater.
Anfang 7 Uhr.
Dienstag u. Mittwoch:
Eine Walzernacht.
Neujahr 2 Vorstellungen.
Nachm. ½4 Uhr:
Aschenbrödel.
Kl. Pr. Kinder halbe Pr.
Abends 7 Uhr
zum letzten Mal:
Eine Walzernacht.
Freitag Première:
Die Dame v. Zirkus.
Optte. von Jean Kren und Bernh. Buchbinder.
Musik von Robert Winterberg.
Spielleitung: Gustav Bertram.
Musikalische Leitung: Ado Ehrlich.
Tänze, einstudiert von der Ballettmeisterin: Phädra Döhler.
Mitw.: Marga Peter, Gertrude Walden, Fritzi Printz-Berndt, Edm. Ferry, Hugo Claus, Georg Krönlein, Richard Hustig, Curt Zillinger.
Vorverkauf eröffnet
Kasse 10-1½, u. 4-5½.

Stadt-Theater.
Mittwoch, d. 31. Dez. 19, nachmittags 3½ Uhr:
Der Himmels-Schneider.
Abds. 7, Ende 9½ Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Donnerstag nachm.: Das Dorf ohne Glocke.
Donnerstag abend: Der Freischütz.

Qualitäts-Dauerwäsche
mit Stoffeinlage
Manschett. Kragen Vorhemden
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Dauerwäsche-Spezialhaus
Geiststr. 53
schrägüber der Adler-Apotheke.

Grundlagen und Kritik des Sozialismus
bearbeitet von
Werner Sombart.
Preis der 2 Bände (752 Seiten): Ganzleinen **36** M., Halbleinen **30** M.
Für Vereins- u. Privatbibliotheken zur Anschaffung empfohlen.
Inhalt:
Erster Teil.
Platon. Vom Staate.
Sir Thomas Morus. Utopia.
Tomas Kampanella. Der Sonnenstaat.
Henri de Saint-Simon. Das neue Christentum.
Charles Fourier von Bernhard Becker.
Etienne Cabet. Kommunistisches Glaubensbekenntnis.
Pierre-Joseph Proudhon. Die Widersprüche der Nationalökonomie.
Karl Rodbertus. Zur Erkenntnis unserer staatswissenschaftlichen Zustände.
Karl Marx. Das kommunistische Manifest. Lohnarbeit und Kapital. Das Kapital.
Friedrich Engels. Die Lage der arbeitenden Klassen in England. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Einleitung zu Karl Marx's Klassenkämpfe in Frankreich.
Joh. Gottlieb Fichte. Der geschlossene Handelsstaat.
Wilhelm Weitling. Garantien der Harmonie und Freiheit.
Zweiter Teil.
Ferdinand Lassalle. Arbeiter-Programm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. Die Wissenschaft und die Arbeiter. Offenes Antwortschreiben an das Zentral-Komitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses in Leipzig.
F. A. Lange. Die Arbeiterfrage.
August Bebel. Die Frau u. der Sozialismus.
Edward Belamy. Ein Rückblick.
Georges Sorel. Apologie der Gewalt.
Hubert Lagardelle. Le sozialisme ouvrier.
N. Lenin. Staat und Revolution.
L. Nikolai Bucharin. Das Progamm der Bolschewiki. Allgemeine Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation. Inaugural-Adresse der Internationalen Arbeiterassoziation. Das Gothaer Programm. Das Erfurter Programm. Das Zimmerwalder Manifest. Das Kienthaler Manifest. Das Revolutionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das Programm des Spartakusbundes.
Adolf Wagner. Grundlegung der politischen Oekonomie.
Albert E. Fr. Schäffle. Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie.
Julius Wolf. Die Theorie der sozialen Entwickelung.
Eduard Bernstein. Zusammenbruchstheorie und Kolonialpolitik. Schlussbemerkungen des Herausgebers.
Zu beziehen in der
Buchhandlung der Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27.

Kaufe jeden Posten
Hasen-, Kaninchen-, Ziegen-, Schaffelle usw.
zu den höchsten Preisen. Händler Vorzugspreise.
Fr. Holle, Fellhandlg., Halle a. S., Breitestraße 6, Telefon 4377.

Apollo-Theater
Am 31. Dezember ... geschlossen wegen Vorbereitung.
Heute 7 Uhr, z. letzt. Male:
„Die Frau im Hermelin".
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Apollo-Theater.
Ab 1. Januar täglich abends 7 Uhr:
Gastspiel der
„Modernen Operettenbühne".
Direktion: **Walter Steinert.**
Der neueste sensationelle Operettenschlager
in glänzender Ausstattung:
„Fräulein Puck".
Operette in 3 Akten von F. Arnold u. E. Bach.
Musik von **Walter Kollo.**
Mit stürmischen Beifall
soeben am Berliner Centraltheater aufgeführt.
Hauptdarsteller:
Fanny Köbe und Fritz Schulz vom „Centraltheater" Berlin,
Joszy Wallis vom „Berliner Theater" Berlin,
Berthold Rose vom „Neuen Operettenhaus" Berlin,
Josef Christean v. „Schuhmanntheater" Frankfurt a. M.,
Toni Grigo vom „Centraltheater" Magdeburg.

Kramers Konzerthaus und Varietee,
Delitzscherstraße 2, am Riebeckplatz.
Täglich Auftreten nur erstklassiger Künstler und Künstlerinnen.
Ab 1. Januar 1920:
Gänzlich neues Programm.
Anfang 6 Uhr. Sonntags ½4 Uhr.
Am Neujahrstage von 11½—½2 Uhr:
Frühschoppen
bei freiem Eintritt.

Bekanntmachung.

Da die Fuhrpreise unserer Preislisten sich nur für normale Verhältnisse verstehen, so kommen von heute an bei Transportschwierigkeiten, infolge Schneefalls 50%, Teuerungszuschlag zu unseren Preisen zur Berechnung.

Halle a. S. den 29. Dezember 1919.

Vereinigung der Spediteure von Halle a. S. u. Umgegend.	Verein der Fuhrwerksbesitzer von Halle a. S. u. Umgegend.
Der Vorstand: Ansemeyer.	Der Vorstand: M. Brömme.

Bekanntmachung.

Die Annahmebeschränkung für beschleunigtes Eilgut und Eilgut im Einzelgewicht von 100 kg wir mit Wirkung vom 1. Januar 1920 aufgehoben. 10710

Halle a. S. den 29. Dezember 1919.

Eisenbahn-Verkehrsamt

Sozialdemokratischer Verein für Merseburg - Querfurt - Weissenfels.
2. Unterbezirk.
Sekretariat: Merseburg, Annenstrasse 19. — Telephon 431. —
Versammlungslokal Restaurant „Hohenzollern", Teichstrasse.
Mitglieder-Versammlung
jeden Mittwoch nach dem ersten im Monat abends 8 Uhr. —— Gäste sind willkommen.
Der Vorstand. Albert Müller.

Halt! Felle!
— Höchste Zahlung. —
Hasen 16 Mk., Ziegen bis 120 Mk.,
Kaninchen bis 12 Mk., Marder bis 350 Mk.,
Fuchs 350 Mk., Iltis bis 150 Mk.
Nur
Teubert, Salzstr 1, Hof 1 Tr.
Dicht am Hallmarkt.

Abreiß-Kalender
für das Jahr
1920
Für Büro's, Gastwirtschaften und Geschäfte empfehlen wir den bekannten
Vorwärtskalender
mit großform., für Notizen geeigneten Tagesblätter 120×180 mm
Preis Mk. 3.50.
Für den gleichen Zweck und zur allgemeinen Benutzung empfehlen wir einen an Illustrationen und Text künstlerisch und reichhaltig ausgestatteten, von der Deutschen Liga für Völkerbund herausgegebenen
Bilder-Kalender
mit Wochenblätter. Format 210×270 mm
Preis Mk. 5.25.
Buchhandlung der **Volksstimme**
Große Ulrichstraße 27.

Pelikan-Caramelbier
wieder in allen einschläg. Geschäften erhältlich.
Fastalkoholfrei! Best bekömmlich!

Sehr wohlschmeckend! Aerztlich empfohlen!
Achten Sie beim Einkauf genau auf die Schutzmarke
Pelikan
gesetzlich geschützt Nr. 101060.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Stellen finden.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine im **Buchhandel** erfahrene selbständige
Verkäuferin.
Verlag Volksstimme, G. m. b. H., Fernruf 5407. — Gr. Ulrichstr. 27.

Kaufm. Lehrling
mit guter Schulbildung, befähigt und strebsam, zu Ostern gesucht.
Ernst Nitzsche, An der Schwemme 4.
Grosshandlung für Gas-, Wasser- und elektrische Installations-Materilien.

Nordhäuser Kautabak
frisch eingetroffen.
Richard Hennicke, Königstr. 5.

Sie werden staunen
über die hohen noch nie dagewesenen Preise, die ich für alte, künstliche, auch zerbrochene
Gebisse,
Zähne und Platin zahle.
Kein Zahn unter 7 M.
evtl. bis 40 M.
Platin bis 115 M. p. gr. Brennstift 60 M. u. höher. Kaufe nur Mittwoch, d. 31. von 9 Uhr früh bis 6½ Uhr abends im Hotel „Europa". Magdeburgerstr. 68. Ueberzeugen Sie sich selbst. Versuch lohnt.

Schluss der **Anzeigen-Annahme** vormittags **9** Uhr.

Zurückgekehrt!
Dr. Walther,
Spezialarzt f. Hals, Nasen-, Ohren-Leiden. Gr. Steinstrasse 74. (Kaffee Bauer).

Weißenfels

Roßfleischverkauf.

Roßfleischmarke 10.

Von heute Mittag
2—4 Uhr die Nummern 7501—7750,
4—6 „ „ „ 7751—8000.

Auf jede Marke werden 150 Gramm Gehacktes zum Preise von 60 Pfg. verabfolgt.

Roßschlächter Bauer.

Roßfleischverkauf.

Roßfleischmarke 10.

Von Mittwoch
10—12 Uhr die Nummern 8001—8250,
12—2 „ „ „ 8251—8500.

Auf jede Marke werden 150 Gramm Gehacktes zum Preise von 60 Pfg. verabfolgt.

Roßschlächter Hoffmann.

Neue Butterkarten.

Die Ausgabe der neuen Butterkarten findet am Freitag, den 2. 1. und am Sonnabend, den 3. 1. 1920 — Klosterstr. 8 — in der Zeit von 9—2 Uhr wie folgt statt:

Freitag, den 2. 1. 1920.
Schröter, Enke, Siptitz, Krause, Schönfeld, Hossack, Petzold, Heinickes Nachf., Rausch

Sonnabend, den 3. 1. 1920.
Stauch, Bornschein, Wittenbecher, Bierbaum, Wenzel, Konsum, Volland, Prüfe.

Als Ausweis dient der Brotschein und die Stammkarte, worauf sich die Butterkartennummer befindet. Abhanden gekommene Butterkarten werden nicht ersetzt.

Zuckermarken für Gewerbebetriebe.

Die Zuckermarken für Monat Januar 1920 werden an die Apotheken, Konditoreien und Gastwirtschaften **am 31. Dezember 1919, von 8—12 Uhr** in der Markenausgabestelle, Klosterstraße 8, gegen Vorzeigung der Kartoffelkarte des Betriebsinhabers verabfolgt.

Weißenfels, den 30. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191230-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, 30. Dezember 1919.

Bezirks- und Ortsvorstand, Preßkommission und Distriktsführer der S. P. D.

Dienstag abend 1/2 8 Uhr wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus. Erscheinen aller notwendig.

Das Ende der völligen Gassperre.

Vom 31. Dezember d. Js., nachm. 3 Uhr, an wird seitens der hiesigen Gaswerke wieder Gas abgegeben werden können. Die Sperrstunden werden noch mitgeteilt.

Neuvermietungen von Wohnungen nur noch durch das Wohnungsamt.

Durch die heute im Anzeigenteil veröffentlichte Magistratsverordnung wird die **freihändige Vermietung von Wohnungen** im Stadtbezirk Halle **aufgehoben.** Die Maßnahme ist, wie in anderen Städten, eine Folge der immer schwieriger sich gestaltenden Wohnungsmarktverhältnisse. Bei einem Ansturm von über 3000 Wohnungsuchenden muß das Wohnungsamt in der Lage sein, die verhältnismäßig wenigen freiwerdenden, vermietbaren Wohnungen gerecht zu verteilen und sie denjenigen zuzuweisen, die sie am dringendsten brauchen. **Jede vermietbar werdende Wohnung ist nunmehr dem Wohnungsamt binnen 3 Tagen anzuzeigen,** das hierauf innerhalb einer Woche einen Mieter zuweisen kann. Kommt ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt das Mieteinigungsamt diesen fest. **Vermietungen ohne Genehmigung des Mieteinigungsamtes sind rechtsungültig,** sie werden mit hohen Strafen belegt und außerdem ist das Wohnungsamt in der Lage, die **widerrechtlich in Anspruch genommene Wohnung polizeilich räumen zu lassen** und den von ihm bestimmten Mieter noch vor der Festsetzung des Mietvertrages durch das Mieteinigungsamt einzuweisen. Schließlich können von jetzt ab **Klagen auf Räumung von Wohnungen nur noch mit Zustimmung des Mieteinigungsamtes** angestrengt werden. Auch die letztere Vorschrift dient der Bekämpfung der Obdachlosigkeit.

Eine Zeitforderung: Staatliche Beihilfe für Eheschließungen.

Im „Hamburger Echo" lesen wir: Die legitime Eheschließung bedarf heute mehr denn je der Unterstützung des Staates. Was nützt es dem Kriegsteilnehmer, wenn er seine Gesundheit, seine körperliche Kraft, seine sittliche Festigkeit und vielleicht noch ein gut Teil Optimismus aus der menschheitsvernichtenden Welttragödie gerettet hat und in der Heimat seinem Vollbesitz an Kraft, Gesundheit und Willensstärke doch ein Nichts gegenübersteht, aus dem selbst der beste Lebenskünstler nichts zu schaffen vermöchte? Ersparnisse sind durch die Folgeerscheinungen des Krieges aufgebraucht worden, seine frühere Stellung hat er verloren, sein Arbeitgeber selbst ist vielleicht zum Arbeitnehmer geworden, und wenn nicht gerade Erwerbslosigkeit besteht und auch Beschäftigung wiedergefunden sein mag, so steht ein solcher Kriegsteilnehmer doch vor der Aufgabe, ganz von vorn anzufangen und den Gedanken an Verehelichung jedenfalls fallen zu lassen. Früher ließen sich Ehen selbst da schließen, wo beide Teile nichts hatten: eine bescheidene Einrichtung ließ sich zu verhältnismäßig annehmbaren Preisen auf Teilzahlung beschaffen, und die ganzen Kauf- und Lebensverhältnisse lagen so, daß bei guter Berechnung, Sparsamkeit und ernstem Streben beide Ehegatten festen Fuß zu fassen und ihre Ehe glücklich und von den anfänglichen Sorgen mehr und mehr entlastet zu gestalten vermochten. Heute ist das, man mag die Polemik besprechen, wie man wolle, unmöglich!

Wie ist dem abzuhelfen? Nicht durch Vorschläge und Widersprüche, nicht durch ein Hin und Her von Gedankenentwicklungen, Anregungen, Kritiken und Verwerfungen, sondern durch eine sofortige rechnerische Ausarbeitung der finanziellen Mitwirkungsfähigkeit des Staates bei Ehegründungen und dementsprechende Festsetzung einer grundlegenden Einheit für solche Beihilfe bei allen, bei denen wohl die Voraussetzungen für eine ordentliche Ehe gegeben sind, aber die Mittel für die Gründung eines Haushalts fehlen. Die Schaffung einer staatlichen oder staatlich sanktionierten Verkaufsstelle für Wohnungseinrichtungen, die vielleicht zu einem Preise abgegeben werden, der sich über den reinen Materialwert wohl nur um einen geringen, für die Deckung der Betriebsunkosten nötigen Prozentsatz erhöhen würde, und ebenso etwa die Gründung einer staatlichen Bezugsstelle für sonstige Aussteuer, auf den gleichen Grundsätzen aufgebaut, müßten hiermit Hand in Hand gehen. Würde für eine solche Heiratsbeihilfe beispielsweise die niedrigste Summe mit 1000 M. und die höchste vielleicht mit 3000 M. angenommen werden, so darf doch gesagt werden, daß die Zahl der Eheschließungen doch nicht so erschreckend sein würde, daß der Aufwand an Krediten für solche Beihilfen den Staat bezw. den einzelnen Bezirk mehr belasten würde, als dies die Erwerbslosenunterstützung bislang getan hat. Einem Mißbrauch dieses Beihilfefonds könnte jederzeit dadurch vorgebeugt werden, indem, wie dies doch bei jeder Inanspruchnahme staatlicher Geldhilfe geschieht, der Antragsteller — also im gegebenen Falle der beiden Eheschließenden — vorerst genügend ermittelt würden und dann auch die Beihilfe etwa erst nach schriftlicher oder eidesstattlicher Verpflichtung beider Antragsteller zur Erfüllung des Antragsgrundes zu gewähren wäre.

Was nun die Mehrbelastung des Staates durch solche Beihilfen betrifft, so wäre darauf hinzuweisen, daß dieser auch nach anderer Seite hin entsprechende Entlastungen gegenüberstehen würden. Die Verhütung von Krankheitsfällen (Geschlechtskrankheiten), für die eine gesunde Ehe die beste Gewähr bietet, würde die Inanspruchnahme der staatlichen Krankenkassen herabmindern; die mit der Zurückführung der Frau in ihren Beruf als Mutter und Gattin und durch die Versorgung seitens des Ehemannes ausscheidende Erwerbstätigkeit der Frau würde Arbeitsstellen freimachen, die durch Arbeitslose wieder ausgefüllt werden könnten, was wiederum die Erwerbslosenfürsorge entsprechend entlasten würde; auch die durch möglichst viele Eheschließungen bewirkte Herabminderung der Geburten an unehelichen Kindern, deren Fürsorge doch in den meisten Fällen dem Staat zufällt, würde ebenfalls in gleichem Maße die Belastung der staatlichen Hilfskassen entsprechend beheben. Ganz abgesehen davon, daß durch vernünftige Ehen der gesunde, natürliche Familiensinn des Deutschen und damit die Kraft zur sittlichen und politischen Neugeburt des deutschen Volkes geschaffen wird.

Das ist die Aufgabe des Staates, denen zu helfen, die gemeinsam ihr Teil an der Wiederaufrichtung eines physisch und intellektuell frei und kraftvoll dastehenden Deutschlands beitragen wollen, und es sei seine erste Pflicht, dem Willen zum Glück auch durch entsprechende materielle Unterstützung die Kraft zu geben, sich auch den Weg dahin zu bahnen. Deutschlands Zukunft liegt in seinem Volke!

Stillegung der halleschen Metallindustrie?

Ein Parteigenosse schreibt uns: In der „Volksstimme" vom 27. Dezember erschien ein Bericht über Verhandlungen im Sozialen Ausschuß. Unter oben genanntem Titel erweckt er den Eindruck einer Alarmnachricht. So schlimm ist es ja nun wohl nicht, daß eine vollständige Stillegung bevorstände. Das wäre unerträglich. Aber schon seit Oktober haben namentlich die Gießereien unter dauerndem Mangel an Schmelzkoks zu leiden. Im Dezember haben sich die Verhältnisse noch verschlechtert. Es mußte teilweise verkürzt gearbeitet werden oder es wurden womöglich andere Arbeiten sog. Notstandsarbeiten ausgeführt. Nach dem Feste nun stehen weitere Verschlechterungen in der Lieferung von Koks bevor, und die Arbeiterschaft in den Gießereien wird wohl dauernd und abwechselnd aussetzen müssen. Am 28. Dezember nahm nun eine Versammlung der Former, Kernmacher und Gießereiarbeiter Stellung zu diesen Verhältnissen. Es wurde eine Kommission gewählt, die zunächst in dieser Sache beim Reichskohlenkommissar vorstellig werden soll, die fernerhin wegen einer ausreichenden Unterstützung der aus diesem Grunde Arbeitslosen mit den betreffenden Instanzen verhandeln soll. Gewiß wird es der Kommission möglich sein, einige Erleichterungen denjenigen zu verschaffen, die unter diesen Verhältnissen seufzen und leiden. Aber wo liegt die Wurzel dieser Uebel?

Neue Kämpfe

wird uns das neue Jahr bringen. Ein hartes Jahr liegt hinter uns, nicht leichter wird es uns werden, das neue Jahr zu meistern. Aber mit frohem Mut müssen wir daran gehen, um all der Widerstände Herr zu werden und den Weg zum Aufstieg zu ebnen. Die wichtigste Waffe in allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen ist die Presse. Eine Zeitung, die wie die Volksstimme zielsicher ihren Weg geht und klar und mutig für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes eintritt, ist in dieser Zeit ein

notwendiger, unersetzlicher Wegweiser.

Die Volksstimme berichtet schnell und zuverlässig über alles Weltgeschehen, nimmt zu allen Vorkommnissen klar und undeutig Stellung und ist das politische Blatt, ohne daß der deutsche Staatsbürger nicht mehr auskommen kann. Nichts ist in dieser wirren Zeit so notwendig wie Orientierung und die gibt die Volksstimme seinen Lesern in ganz hervorragender Weise.

Vom 1. Januar ab wird auch dem Unterhaltungsteil größerer Raum gegeben, wird unseren Frauen die Volksstimme schmackhafter gemacht durch eine besondere regelmäßige Sonntagsbeilage für Unterhaltung und Bildung.

„Der Gesellschafter"

heißt diese Beilage, die am Sonntag, den 4. Januar, das erste Mal erscheint und sicher recht bald einen großen Freundeskreis gewinnen wird. Der Quartalswechsel ist die beste Gelegenheit, die Volksstimme, die jetzt mit 2,25 Mk. pro Monat einschließlich Bezugsgeld verhältnismäßig immer noch recht billig ist, zu bestellen. Die kommenden Wahlkämpfe im neuen Jahre erfordern regste politische Anteilnahme. Niemand hat das Recht, abseits zu stehen, jeder hat um seiner selbst willen die Pflicht, Stellung zu nehmen. In jedes Haus gehört jetzt die sozialdemokratische Zeitung; die einzige dieser Art im ganzen Regierungsbezirk Merseburg ist die Volksstimme in Halle. Lese und werbe jeder für die

Volksstimme.

Und an der Wurzel muß dieses Uebel angepackt werden. Einmal hört man, es sind keine Kohlen da, dann wieder, es liegen soviel Millionen Tonnen auf Halde. Einmal liegt es an mangelnden Transportmitteln, dann wird auch das wieder bestritten. Woran liegt es nun? Liegt es nicht schließlich daran, daß die Neuorganisation des Wirtschaftslebens immer noch einzig und allein in den Händen der Unternehmer liegt? Die haben wirklich in der vergangenen Zeit nicht gezeigt, daß sie sich von großen Gesichtspunkten bei ihren Maßnahmen leiten lassen, höchstens von dem größten Profit. Hier gehört unbedingt Arbeiterkontrolle mit her. Wie steht es nun mit dieser beim Kohlensyndikat? Wie steht es mit dieser bei allen anderen Unternehmerkonzernen?

*** Sie häuten sich.** Man schreibt uns: Daß ehemals zuverlässigste Stützen von Thron und Altar über Nacht die ganze Skala der Ueberzeugung von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken durchlaufen haben und unentwegte Kommunisten wurden ist schon dagewesen und des öfteren bewiesen. Nicht minder zeitgemäß ist's aber auch, daß sie sich nun, aus Angst vor der eigenen Courage, so langsam rückwärts häuten, sich als räudige Schäflein zurücktasten zur Herde. Uns wird der Fall eines Kreisschulinspektors bekannt, seines Zeichens Jünger der Gottesgelahrtheit, der sein enttäuschtes Herz entdeckt hat und sich nun rückwärts mausert. Bei Ausbruch der Revolution konnte er seinen Lehrern im Brustton der Ueberzeugung versichern: Ich habe es schon lange gesagt, so konnte es nicht weiter gehen, es mußte so kommen! Damals war er nach der Beglaubigung eines hieb- und stichfesten Demokraten unentwegter Demokrat und „eifriges Mitglied" seiner Partei. Heute ist er schon beim zweiten Vorsitzenden der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei angelangt. Laßt noch ein halbes Jährchen verstreichen und er ist wieder im trauten, heimatlichen Stall gelandet. — Es geht doch nichts über eine gewisse, gummiartige Gelenkigkeit in Ueberzeugungssachen; man kann so schön von heut auf morgen wechseln, wie man sein Hemd wechselt. Trotzdem werden die Lippen des geistlichen Schulmonarchen weiter salbungsvoll triefen von „Charakterstärke der Persönlichkeit", von „Manneswort" und ähnlichen Dingen. Der Fall ist typisch. Wie sagte Scheidemann doch? „Der Feind steht rechts!" Er wittert Morgenluft. Republik, sei auf der Hut! Sieh dir deine Leutchen an!

*** Die 10-Uhr-Polizeistunde.** Auf Grund der §§ 3 und 4 der Bundesratsverordnung über Ersparung von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom 16. Dezember 1916 wird hiermit unter Zustimmung des Regierungspräsidenten in Merseburg und des Magistrats für den Stadtkreis Halle bis zum 31. März 1920 angeordnet: Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffeehäuser, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsstätten aller Art sind um 10 Uhr, Sonnabends um 11 Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden. In den unter § 1 genannten Räumen dürfen während der Dunkelheit nur 1/3 der beim Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandenen Beleuchtungsmittel zur Beleuchtung verwandt werden. Die Beleuchtung der in § 1 genannten Räume ist spätestens um 10¼, Sonnabends 11¼ Uhr abends zu löschen, mit Ausnahme der Zimmer der Gastwirtschaften, in denen Fremde übernachten. Die vom Reichskommissar für Kohlenverteilung bezw. dessen Vertrauensmann erlassenen Bestimmungen über Gassperre werden durch diese Verordnung nicht berührt. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

*** Städtisches Arbeitsamt.** Die Diensträume der weiblichen Abteilung des städtischen Arbeitsamtes werden am 30. Dezember 1919 von Große Brauhausstraße 30 nach Großer Berlin Nr. 14 verlegt. Vom gleichen Tage ab befinden sich die Abteilungen für Erwerbslosen- und Flüchtlingsfürsorge Große Brauhausstraße 30 I.

Kartoffelkarten. Die Marke 32 der in der Vorwoche verteilten Kartoffelkarten brauner Farbe soll zur Nachprüfung der Kundenliste verwandt werden. Zu diesem Zwecke haben die Haushalte die neuen **Kartoffelkarten, die (neuen roten) Ausweiskarten und den Lebensmittelschein demselben Kleinhändler vorzulegen, bei dem sie zur Kartoffel-Kundenliste bereits angemeldet sind.** Der Kleinhändler hat die Marke 32 von der Karte abzutrennen und die ihm vorgelegten neuen Kartoffelkarten, die Ausweiskarte und den Lebensmittelschein (bei letzteren auf dem hierzu vorgesehenen Raume G der dritten Seite) mit seinem **Firmenstempel** zu versehen. **Eine Ummeldung ist nicht statthaft!**

Kartoffelkarten, welche auf dem Stamme nicht den Stempel **einer Brotmarkenausgabestelle** tragen, sind **ungültig** und daher **von den Händlern zurückzuweisen.** Ebenso ist darauf zu achten, daß nicht mehr Kartoffelkarten zur Stempelung (mit dem Firmenstempel) vorgelegt werden als nach dem Lebensmittelschein und der Ausweiskarte Personen im Haushalt vorhanden sind. Unregelmäßigkeiten beider Arten haben die Händler dem Ernährungsamt umgehend zu melden.

Die gesammelten Marken Nr. 32 sind von den Kleinhändlern zu Hunderten gebündelt im verschlossenen Briefumschlag nebst **einer Abschrift der Kundenliste** am Mittwoch, den 7. Januar 1920, vorm. von 8—1 Uhr im Stadternährungsamt, 3 Treppen, Zimmer Nr. 46, abzugeben.

Haushalte, die erst später in den Besitz der Kartoffelkarten gelangen, melden sich sofort nach Erhalt der Karten in gleicher **Weise bei einem Kleinhändler an.**

Es wird ferner nochmals darauf hingewiesen, daß die Kleinhändler Kartoffelkarten nur bei gleichzeitiger Vorlage der neuen **Ausweiskarte beliefern dürfen.**

Herstellung von Kuchen in Bäckereien verboten. Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 27. September 1918 darf in Betrieben, in denen Roggen- oder Weißbrot gewerblich hergestellt oder feilgehalten wird, Kuchen oder Torte weder hergestellt noch feilgehalten werden, lediglich das Backen dieser Waren für Haushaltungen ist den Betrieben gestattet. Mehrfache Verstöße gegen diese Bestimmung geben uns Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuweisen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft; auch kann neben der Strafe die Schließung der betreffenden Geschäfte angeordnet werden.

Die Annahmebeschränkung im Eilgutverkehr wird nach einer in der vorliegenden Nummer veröffentlichten Bekanntmachung des Eisenbahn-Verkehrsamtes zum 1. Januar aufgehoben.

*** Linderung der Vorschriften über Oele und Fette.** Von zuständiger Seite erfahren die V. P. N.: Durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums wird die Verfügung vom 21. Juli 1916 betr. die Verwendung tierischer und pflanzlicher Oele und Fette aufgehoben. Die mit dieser Verordnung eingeführte Verschärfung der Verordnung vom 9. Oktober 1915, die den Höchstgehalt an Oelen und Fetten in gemischten Oelen usw. auf 10 Proz. beschränkte, ist damit wieder beseitigt. Es gilt nunmehr nur noch die Verordnung vom 9. Oktober 1915, nach der tierische und pflanzliche Oele zu Brennzwecken oder zum Einfetten von Metallen usw. nicht unvermischt verwendet werden dürfen und wonach gemischte Oele, konsistente Fette und Schmierfette mit keinem höheren Gehalt an tierischen und pflanzlichen Oelen und Fetten als 25 Proz. des Gewichts des Enderzeugnisses hergestellt werden dürfen.

Pferdedieb? Am 19. Dezember wurde von einem 25 bis 30jährigen Manne, der 170 Ztm. groß, schlank und mit Artilleriemütze ohne Schirm, feldgrauer Joppe und braunen Hosen bekleidet war, in einem Gasthofe in Schkopau bei Merseburg ein braunes Pferd (Stute) Holländer Schlag, mittlerer Größe, mit kleinem Stern, am linken Hinterbein kleinen, weißen Ring bis an die Fessel und etwa 8—10 Jahre alt, untergestellt und bis jetzt nicht abgeholt. Das lederne Zaumzeug ist alt, vor dem Stirnband befindet sich eine Messingscheibe mit eingestanztem Pferdekopf. Die beiden Halfterriemen sind von weißem Leder. Es ist anzunehmen, daß das Pferd gestohlen ist. Der Eigentümer oder Personen, die Auskunft geben können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 20 oder 71, zu melden.

*** „Wie versichere ich meine zum Färben, Reinigen oder Waschen übergebenen Sachen gegen Abhandenkommen, Diebstahl, Einbruchsdiebstahl, Feuer, Bandenraub und Plünderung?"** Unter dieser Spitzmarke wird uns geschrieben: Bei der Uebergabe in den Filialen bezw. an die Kutscher und Boten schätze ich die Gegenstände ab und zwar nach den heutigen Preisen. Die Beauftragten der Fabriken stellen sodann die Prämie fest und ziehen den Betrag sofort ein. Die Versicherungssumme und der Betrag der gezahlten Prämie werden auf der Annahmekarte vermerkt und gilt diese als Police. Unter allen Umständen wird diese Karte zurückverlangt, ich muß sie also gut aufheben, da sie ein wichtiges Dokument darstellt. Nun kann ich beruhigt abwarten, bis die übergegebenen Sachen fertig wieder zurückgegeben werden, denn ich muß unter allen Umständen mein Eigentum bezw. die Versicherungssumme erhalten. — Hiermit ist etwas ganz Neues geschaffen und in Halle wird dieser weitgehende Schutz dem Publikum zuerst geboten. Jedermann muß es sich heute selbst zuschreiben, wenn er Verluste erleidet, denn jeder einsichtsvolle und kluge Mensch gibt seine Wäsche und sonstigen Sachen nicht aus der Hand, ohne Versicherung genommen zu haben.

Walhalla-Operettentheater. Heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, abend 7 Uhr Rudi Gfallers „Eine Walzernacht". Am Neujahrstag wird nachm. ½4 Uhr bei kleinen Preisen (Kinder halbe Preise) „Aschenbrödel" gegeben, abends 7 Uhr zum letzten Male „Eine Walzernacht". Freitag, den 2. Januar, kommt zur Erstaufführung der große Berliner Operettenschlager „Die Dame vom Zirkus" von Jean Kren und Bernhard Buchbinder. Musik von Robert Winterberg. Das Werk hat im Ber-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191230-12/fragment/page=0005

iner Neuen Operettentheater vergangene Woche bereits die 200. Aufführung erlebt. Die Spielleitung hat Gustav Bertram. Die Titelrolle wird von Gertrude Walden verkörpert. Das Pferdematerial stellt die hiesige Firma Georg Arndt. Der Vorverkauf für die ersten Vorstellungen hat bereits eingesetzt. Am Neujahrstag ist die Tageskasse ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Aus der Provinz.

An die Vorstände der Ortsvereine.

Vom 1. Januar 1920 ab rechnen alle Ortsvereine direkt mit dem Bezirksverband ab. Abrechnungs- sowie Postscheckformulare sind allen Ortsvereinen zugegangen. Falls ein Ort keine solchen Formulare erhalten haben sollte, ersuchen wir um Nachricht.

Nach § 11 des neuen Bezirksstatuts bleiben vom 1. Oktober ab aus Mitgliederbeiträgen 30 Prozent am Orte, 70 Prozent sind an die Bezirkskasse zur Verteilung an die Hauptkasse, Bezirks- und Unterbezirkskasse abzuführen. Eintrittsgelder sind voll an die Bezirkskasse abzuführen.

Um Ordnung in den Kassengeschäften zu halten, muß das Kassieren der Beiträge rechtzeitig erfolgen.

Bei Neubestellung von Beitragsmarken empfiehlt es sich, für das neue Quartal immer ein ausreichendes Quantum zu bestellen, um Nachbestellungen zu vermeiden.

Der Vorstand des Bezirksverbandes
J. A.: R. Drescher.

Könnern. Soz.-Dem.-Partei (Ortsverein Könnern). Am Neujahrstag ist Treffpunkt aller Genossen im Restaurant vom Genossen Starke am Neumarkt. **Der Vorstand.**

Naundorf b. L. Mitgliederversammlung. Unsere letzte diesjährige Monatsversammlung fand am 21. d. M. bei Gen. Weseniak statt. Gen. Rothe erstattete den Bericht der Gemeindevertreter. Gen. Weseniak gab Erläuterung über die Schulkonferenz in Bockwitz, ferner machte Gen. Klose Mitteilung, daß die Volksstimme ab 1. Jan. 1920 den Abonnementspreis auf 2 Mk. erhöhe. Gen. Heuzeroth bat die Genossen die Zeitung trotzdem weiter zu lesen und eher den „gut bürgerlichen" Lebewohl zu sagen. Zu Punkt vier, Parteiangelegenheiten, teilte Gen. Klose mit, daß für unseren Kreis ein gemeinschaftliches Flugblatt herausgegeben werden soll, die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Gen. Schüler gab Bericht über die Kassenprüfung beim Gen. Rothe und erklärte, daß alles in bester Ordnung sei, mithin die falschen Anschuldigungen seitens eines Mitgl. der U. S. P. hinfällig seien. Auf allgemeinen Wunsch soll ein bestimmter Tag im Monat für die Versammlungen angesetzt werden, man einigte sich auf den ersten Sonntag im Monat. Mithin findet unsere erste Monatsversammlung im Jahre 1920, am Sonntag, den 4. Januar, nachmittags 4 Uhr bei Thinius statt, und wir hoffen, in dieser ersten Jahresversammlung sämtliche Mitglieder begrüßen zu können.

Schkeuditz. Ein fetter Posten. Daß es auch in Schkeuditz noch sehr „fette" Posten gibt, zeigt folgendes Geschichtchen:

Ein alter Lehrer mit akademischer Bildung, der, wie er dem „Vorwärts" schreibt, wegen seiner sozialistischen und monistischen Weltanschauung im Staatsdienste unmöglich war (und ist?), sieht sich gezwungen, durch Inserat eine Stellung zu suchen. Er erhielt folgendes Angebot:

Höhere Privatschule, Schkeuditz, Lessingstr. 2.

Auf Ihr Inserat hin offeriere ich Ihnen an meiner Privatschule für Knaben und Mädchen eine Stelle mit 1800 Mark Jahresgehalt und freier Krankenkasse und Reichsversicherung bei 28 wöchentlichen Kurz-Pflichtstunden . . .

F. Kaethier, Direktor.

Fürwahr ein fetter Posten! Wenn sich der Mann noch einen Nebenberuf, Müllschippen vielleicht, sucht und Sonntagsnachmittags Adressen schreibt, kommt er glatt aus.

Weißenfels. Auszahlung der Familienunterstützungen. Die nächste Auszahlung der Familienunterstützungsbeträge an die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen findet am Freitag, den 2. Januar 1920 in der Stadthauptkasse (Rathaus, Zimmer Nr 5) vormittags von 8—1 Uhr statt. Die Empfänger haben jede wichtige Veränderung ihrer Verhältnisse (Geburt und Tod bei Kindern, Vollendung des 15. Lebensjahres bei Kindern, Uebernahme lohnender Arbeit, Bezug von Hinterbliebenenrente, Erwerb von Vermögen usw.) dem Kriegsunterstützungsamte Rathaus, Zimmer Nr. 7, anzuzeigen. Insbesondere ist sofort mitzuteilen, falls der Einberufene vom Militär entlassen bezw. bis zur Entlassung beurlaubt ist.

Zeitz. Stadttheater. Am 1. Weihnachtsfeiertag gelangte die „Faschingsfee" und am 2. Weihnachtsfeiertag der humorvolle Schwank „Herrschaftlicher Diener gesucht" zur Aufführung. Die Rollen waren sehr gut besetzt. Herr Direktor Herrmann als Fritz Stauffen hielt das Publikum in humorvoller Stimmung, Frl. Krause, Herr Kuffner spielten sehr temperamentvoll. Auch die übrigen Künstler lösten ihre Aufgabe gut. Die Direktion würde gut tun, in den Wochentagsvorstellungen die Kapelle zu verringern, da die Musik infolge des geringen Besuches den Gesang sehr übertönt. Wir wünschen der Direktion auch fernerhin ein so volles Haus wie an den Weihnachtstagen. R.

Naumburg. Zustellung der Volksstimme. In letzter Zeit mehren sich die Klagen über mangelhafte Zustellung der Volksstimme. Um dem abzuhelfen, werden alle Betroffenen ersucht, schnellstens ihre Beschwerden dem Genossen Schinnerling, Michaelisstr. 78, oder dem Genossen Lambrecht in der Volksbuchhandlung zu unterbreiten.

Naumburg. Zum Kirchenaustritt. Alle, die noch vor dem 31. Dezember der Landeskirche den Rücken kehren wollen, können dies auf dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer Nr. 14, zwischen 10—12 Uhr vormittags, unter Vorlage einer Urkunde (Geburtsschein, Familienstammbuch usw.) tun. Irgendwelche Kosten sind damit nicht verknüpft. Ehefrauen müssen ihren Austritt selbst erklären.

Naumburg. Freigabe des Exerzierplatzes. Unserem Verlangen nach Freigabe des Exerzierplatzes, dem sich auf wiederholtes Drängen unserer Fraktion im Stadtparlament auch der Magistrat angeschlossen hatte, ist nunmehr stattgegeben worden. Nachdem diese Angelegenheit in dem für die Allgemeinheit dienlichen Sinne geregelt wurde, schreibt das Kreisblatt natürlich in der ihm eigenen Art und Weise darüber, als ob ihm an dieser Lösung etwas gelegen sei. Wir erlauben uns daran zu zweifeln, da wir wissen, daß es dem Kreisblatt und den hinter ihm stehenden Reaktionären viel lieber wäre, wenn hier in Naumburg so viel Militär (kaiser- und königtreues natürlich) wäre, daß die Größe des Exerzierplatzes verdoppelt werden müßte. Aber — gefährlich ist es, wider den Stachel zu lecken. Am Schlusse der die Freigabe bekanntgebenden Notiz äußert das Kreisblatt den Wunsch, daß das Land an Naumburger Landwirte verpachtet werden möge. Uns kann es gleichgültig sein, ob das Land Landwirten aus Naumburg oder aus Bobles verpachtet wird, da diese sowohl wie jene mit den erbauten Früchten Wucher treiben. Wir fordern vor allem, daß hier ein Weg gefunden wird, der die Gewähr gibt, daß die auf diesem Land geernteten Früchte voll und ganz der Allgemeinheit zugute kommen. Die Bekanntmachung des Magistrates vom 27. Dezember zeigt aber, daß das Feld restlos für Privatinteressen hingegeben wird. Unsere Fraktion wird dafür zu sorgen haben, daß das für die Zukunft anders wird.

Artern. Weihnachtsfeier der Konfessionslosen. Sie hätten kein Weihnachten, wären ausgeschlossen von dem brennenden Lichterbaum und seinen Gaben, von all der schenkenden Liebe, die sich seit alther an diesem Tage offenbart, die Kleinen, denen elterlicher Wille den Zettel in die Hand gedrückt: „Ich bitte mein Kind von dem konfessionellen Religionsunterrichte zu befreien? Du irrst, lieber Freund. Folge mir in Gedanken am heiligen Abend in unseren Schulsaal, wo sie spannenden Auges warten, denen Menschentum und Religion ohne Katechismuszwang und ohne die „unerläßlichen" 300 Bibelsprüche nahegebracht wird. Es sind ihrer einige dreißig, doch mehrt sich ihre Zahl von Woche zu Woche. Lichterglanz umfängt sie heute, ihre schaffenden Hände haben den Baum selbst geschmückt, und eilige Mädchenfüße trippelten dann, als alles fertig war die Straße entlang, mich zu ihrer Feier zu holen: nur mich, von dem sie wußten, daß ich auch zu ihnen gehörte, der ich auch versuche, ihnen in schönen Feierstunden mein Tiefstes und Bestes zu geben, Religion in ihnen zu wecken und zu pflegen ohne den landesüblichen Bombast, als etwas rein Menschliches, Natürliches, Sittliches. Wie stolz bin ich nun auf ihre Einladung und wie gern folge ich ihr. Herr Rektor Wigge, der Lehrer der Aeltesten, spricht unter dem strahlenden Baume zu ihnen, nachdem jubelnder Kindermund Weihnachtshymnen hinausgeschmettert. Liebe spricht aus seiner Stimme, unendliche Liebe zu den Kleinen, deren sittliche Bildung und Pflege in unserer Hand liegt. Ein urdeutsches Fest sei Weihnacht, so legt er's ihnen dar. Unsere Vorfahren hätten es schon gefeiert, lange, lange ehe ein Christus geboren. Als Fest der Sonnenwende, als Lichtbringerfest sei es begangen worden. Des Sonnenwendmannes hätten sie gedacht, der über den Regenbogen zur Erde herabgekommen. Von dem Tage an habe das segenbringende Licht von Tag zu Tag zugenommen und Fruchtbarkeit auf die Felder gesät. Wie sich nachher der Lichtbringer in den Knecht Rupprecht mit seinem Gabensack verwandelt und das Symbol des Lichtes im Lichterbaum festgehalten sei. Und ein christliches Fest sei Weihnachten, ein Fest der tätigen Liebe. Jeder sei Christ, der das Wort des großen Meisters zu dem seinen gemacht, dessen Fest sei auch Weihnachten, auch dann, wenn er am konfessionellen Religionsunterricht nicht teilnehme. Liebe sei der Grundgedanke dieses Festes, sei an kein Kirchendogma gebunden, sei welt- und völkerumspannend. Liebe sei Tat gegen alles, was Mensch sei und heiße, Liebe sei Lebensbejahung, ganz besonders im deutschen, niedergebrochenen Vaterlande. — So klingen die Mahnungen des Erziehers in die kleinen Ohren und Herzen: Betätigt eure Liebe gegen all und jeden, zeigt, daß ihr das Christuswort zu dem euren gemacht, zeigt aller Welt daß ihr besonders artige und liebe Kinder seid daß niemand sagen könne, ihr seid verwahrlost und verroht, da ihr keinen Schulreligionsunterricht genossen. Atemlos hatten die Kleinen gelauscht, und manch ernstes Gelübde mag im verborgensten Herzenswinkel abgelegt worden sein. Dienende Liebe führte sie dann an die Gabentische, wo jedes sein Plätzchen suchte und fand. Blanke Kinderaugen strahlten überglücklich auf das Gespendete. Für jedes war etwas abgefallen, wenn auch die Not der Zeit und die beschränkten Mittel den gebefrohen Händen Fesseln angelegt. Den Höhepunkt erreichte das Fest, als ein armes Kind, das zu Haus keinen Lichterbaum hatte, den Schulbaum als eigen heimtragen durfte. Er wurde ja so gern gespendet. Die heißen Händedrücke beim Abschied und manch leis ins Ohr geflüsterte Wort des Dankes waren Beweis genug, daß ihnen allen der Inhalt des Wortes Liebe besser aufgegangen war, als ihn jede noch so gründliche Katechese im Bekenntnisunterrichte hätte vermitteln können. — So feiert die vielgeschmähte weltliche Schule ihr Weihnachten. Zur Nachahmung empfohlen!

Dankerode. Oeffentliche Versammlung. Vorigen Sonnabend fand hier eine öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei statt, in der Gen. Drescher-Halle über die „Nationalversammlung und die Sozialdemokratie" referierte. Er ging auf die Kriegspolitik der Sozialdemokratie ein und zerpflückte die Behauptungen und „Enthüllungen" Ludendorffs, die bekanntlich in dem alldeutschen Geschrei von der Erdolchung der Front durch die Heimat ihren Gipfelpunkt finden. Der Referent zeigte die innere und äußere Kriegspolitik der alten Gewalthaber im rechten Lichte und mit ihren ganzen verderblichen Folgen, die den schließlichen Zusammenbruch nach sich zogen. Er ging dann auf die Arbeit ein, die das plötzlich aus den Ketten seiner politischen Knechtschaft gelöste Volk geleistet hat und wie wir heute schon den Anfang und Grundstock des neuen Staates mit seinen veränderten Formen und Gesetzen erkennen könnten. Er streifte weiter die jetzt die Allgemeinheit besonders interessierenden Probleme, wie die Ernährungsfragen, den Valutastand und die kürzlich abgeschlossene Prämienanleihe. Bei Beurteilung all dieser Fragen sei klar zu erkennen, wo die wahren und wo die falschen Vaterlandsfreunde sitzen. In der anschließenden Diskussion kam es zu keinen Auseinandersetzungen, da selbst die erschienenen Unabhängigen nichts an den Ausführungen des Referenten zu deuteln wußten. Diese Versammlung ist nicht ohne Erfolg gewesen und in nächster Zeit wird auch hier ein Ortsverein der sozialdemokratischen Partei gegründet werden.

Gewerkschaftliches.

Ein vorbildlicher Aufbau der Betriebsräte.

In Hamburg hat eine Versammlung der Betriebsräte die vom Gewerkschaftskartell ausgearbeiteten Richtlinien zum Aufbau einer Betriebsräteorganisation einstimmig gutgeheißen.

Es verlohnt sich bei dieser Gelegenheit, einen kurzen Rückblick zu werfen auf die seit der Revolution auf diesem Gebiete in Hamburg gemachten Fortschritte. Als I. Z. der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat die allgemeinen Wahlen zu dem noch jetzt bestehenden Arbeiterrat ausgeschrieben hatte, bildete sich eine Neunerkommission der Betriebsräte, die aus je drei Mitgliedern der drei Parteien bestehend, sich besonders den Fragen des Betriebsrätegesetzes widmen sollte. Die beiden Körperschaften konnten in der ersten Zeit sehr gut nebeneinander bestehen. Dies änderte sich jedoch, als infolge der immer weiter auf den Werften Verbreitung findenden radikalen Agitationen die Neunerkommission durchaus in unabhängig-kommunistisches Fahrwasser geriet.

Die Kommission erweiterte sich bald danach zu einer 12er-Kommission der Betriebsräte Hamburgs, in der nunmehr der Einfluß der Sozialdemokratie fast völlig ausgeschaltet war. Als im Juni die Unruhen aus der Heilschen Sülzaffäre entstanden, änderte sich das Verhältnis insofern, als die 12er-Kommission sich politische Rechte anmaßte, und mit dem Vorgeben, die Einigung des Hamburgischen Proletariats zu betreiben, eine durchaus diktatorische und gegen die Reichsregierung gerichtete Politik trieb. Nach Wiedereintritt geordneter Zustände war es dieser 12er-Kommission nicht möglich, sich selbst die Sympathien der unabhängigen Arbeiterschaft zu erhalten, zumal es ihr nicht gelang, irgendwelche für die Arbeiterschaft günstige Entscheidungen auf dem Gebiete der Tarifregelung und der Betriebsräte zu bewirken. Zudem waren die Ansichten in den Reihen der Unabhängigen und Kommunisten in Bezug auf den endgültigen Aufbau der Betriebsräte keineswegs übereinstimmend. Während die Unabhängigen den Aufbau nach Halleschem Muster propagierten, machten die Kommunisten zum Teil für die „revolutionäre Betriebsorganisation" im syndikalistischen Sinne Stimmung. Andererseits machten sich unter den sozialdemokratischen Werftarbeitern und ihren Betriebsräten eine immer stärker werdende Bewegung bemerkbar, die dahin ging, zu einer endgültigen Entscheidung bezüglich eines regulären Aufbaues der Betriebsräte zu kommen.

Anfangs Oktober beschloß eine stürmische Versammlung der Betriebsräte, die Zwölferkommission aufzulösen, die Organisation der Betriebsräte bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes hierüber dem Gewerkschaftskartell zu übertragen und diesem sämtliches Material der Kommission zu übergeben. Seitens des Kartells wurde nun unter tatkräftiger Unterstützung nicht nur der sozialdemokratischen Betriebsräte, sondern auch der gesamten gewerkschaftlich-organisierten Arbeiterschaft daran gegangen, die Betriebsräte in engem Zusammenhang mit den Gewerkschaften auf eine neue Grundlage zu stellen. Aus den Richtlinien ist folgendes bemerkenswert:

Die Durchführung der Wahlen obliegt den zuständigen Gewerkschaften; die Betriebsräte bilden gruppenweise je einen Gruppenrat, der die Aufgabe haben soll, in sozialer, kaufmännischer und technischer Beziehung aufzuklären und die Industrie des Wirtschaftsbezirks Hamburg durch Feststellung über Art und Umfang des Betriebes und der in demselben hergestellten Produkte zu erfassen. Die gesamten Betriebsräte wählen den Wirtschaftsrat aus 18 Personen nach folgender Gruppeneinteilung: 3 Vertreter für Transport und Verkehr, 2 Vertreter für Handel, Banken, Versicherungen und Kassen, 2 Vertreter für die Metallindustrie, 2 Vertreter für das Baugewerbe, 2 Vertreter für Staats- und Kommunalbeamte, Angestellte, Arbeiter, 2 Vertreter für Nahrungs- und Genußmittel, je ein Vertreter für Holzindustrie, Bekleidungsindustrie, graphisches Gewerbe, chemische Industrie, freie Berufe. Die Wirtschaftsratsmitglieder müssen mindestens ein Jahr freigewerkschaftlich organisiert sein. Die Finanzierung des Rates wird von den verschiedenen Gewerkschaften getragen, die auch die Kasse verwalten. Gewerkschaftskartell und Wirtschaftsrat verständigen sich gegenseitig durch Delegationen. — Nur einige sehr radikale Metallarbeiter-Betriebsräte versuchen noch, gegen diese Regelung Stimmung zu machen. Im allgemeinen kann man die Hoffnung aussprechen, daß für Hamburg die Betriebsrätefrage endgültig gelöst ist. Die im Verhältnis zu der U. S. P. recht starken und besonders aktiven Grüppchen der ganz Radikalen haben das eine Gute, daß die Unabhängigen gezwungen sind, Farbe zu bekennen. Das aber werden sie selbst nach den Leipziger Beschlüssen nur tun können, indem sie an den Gewerkschaften festhalten.

Unternehmerterror.

Immer mehr und mehr versuchen gewisse Arbeitgeber die Angestellten in das vor der Revolution übliche Abhängigkeitsverhältnis zurückzudrängen.

Besonders in Oberschlesien fühlen sich die Arbeitgeber wieder durchaus als Herren der Situation. Das Bestreben der Arbeitgeber geht nun vor allem dahin, die Angestellten den freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen zu entfremden, um den Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, den Abschluß von Tarifverträgen zu verweigern. Man wagt es, den Angestellten zu verbieten, Organisationen anzugehören, die sich auf den Boden der Verständigung mit den Arbeiterorganisationen stellen. Das ist eine deutliche Kampfansage gegen die in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zusammengeschlossenen Verbände und insbesondere gegen den der Generalkommission angehörenden Zentralverband der Angestellten. Am tollsten treibt es die Verwaltung der Gräflich Schaffgotschen Werke, die von den Angestellten die Ausfüllung eines geradezu unerhörten Fragebogens verlangt. Dieser Fragebogen hat folgenden Wortlaut:

Die umstehend aufgeführten Beamten und Angestellten werden ersucht, nachstehende Spalten gewissenhaft auszufüllen und dann in der Registratur abzugeben. Spalte 1 Namen. Spalte 2. Stand. Spalte 3 In welchem Vereine (wirtschaftlichen oder beruflichen) sind Sie? Spalte 4. Welches ist die Zeitschrift des Verbandes? Spalte 5. Welche Ziele verfolgt der Verband? Spalte 6. Sind Sie mit den Zielen einverstanden? Spalte 7. Beabsichtigen Sie, in dem Verband zu bleiben? Spalte 8. Ich erkläre durch meine Unterschrift, keinem anderen als dem angegebenen Verbande anzugehören. Ich verpflichte mich, sofern ich in Zukunft die Absicht haben sollte, einem anderen Verein anzugehören, dies vorher der Direktion mitzuteilen. Spalte 9. Ich erkläre ferner ausdrücklich, keine Bestrebungen zu unterstützen (siehe Anlage), die dahin gehen, sich auf den Boden der Verständigung mit den Arbeiterorganisationen zu stellen, sondern sie als den Beamten entwürdigend zurückzuweisen. Spalte 10. Ich beantrage hiermit, die Gräflich Schaffgotschen Werke mögen den Vertrag mit den Angestelltenorganisationen kündigen (soweit es Gräfin-Johanna-Schacht betrifft), um wieder auf freien Vereinbarungen beruhende Verträge wie früher zu beschließen.

Die Angestellten können aus diesem Fragebogen ersehen, daß sie alle Kraft anspannen müssen, wenn sie nicht wieder in das alte, vorrevolutionäre Abhängigkeitsverhältnis zurücksinken wollen.

Bei den vom Kapital unterstützten gelben Verbänden können sie gegen den Unternehmerterror keine Rückendeckung finden. Nur ein einheitlicher Zusammenschluß in festgefügten freigewerkschaftlichen Organisationen bietet die Gewähr dafür daß alle Angriffe auf das Vereinigungsrecht der Angestellten scheitern werden.

Literatur.

Sofort nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes erscheint: **Das Betriebsrätegesetz** von Dr. Georg Flatow, Gerichtsassessor, Hilfsreferent im Reichsarbeitsministerium, ein ausführlicher Kommentar zum Gesetz, zugleich die Wahlordnung und Ausführungsbestimmungen und die sonstigen, für jeden Betriebsrat notwendigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen enthaltend. Der Verfasser hat an den Beratungen über das Gesetz von Anfang an teilgenommen und ist daher in der Lage, eine sachgemäße Erläuterung zu geben. Mit Rücksicht auf die zu erwartende große Nachfrage nach dem Gesetz werden schon jetzt Vorbestellungen erbeten.

Gleichfalls in unserem Verlag erscheint sofort nach Verabschiedung des Gesetzes in der Ausstattung unserer überall eingeführten Führer durch die Reichs- und Landgesetze ein Führer **durch das Betriebsrätegesetz**. Das Werkchen, das ebenfalls von autoritativer Seite verfaßt wird, wird in erläuternder, gemeinverständlicher Form eine Uebersicht über das Gesetz geben und eignet sich, seines billigen Preises wegen besonders zum Massenabsatz. Auch hier werden, um der voraussichtlich großen Nachfrage genügen zu können, Vorbestellungen erbeten.

Dr. Kurt Eisner, Bayerns erster republikanischer Ministerpräsident. Eine kritische Würdigung des Politikers Eisner vom mehrheitssozialistischen Standpunkt von Adolf Hepner. Preis 80 Pfg. Verlag Politische Buchhandlung, Oswin Gebbert, München, Weinstr. 2. Der Verfasser — von 1870 bis 1873 Assistent des alten Liebknecht im „Leipziger Volksstaat" und der dritte im Leipziger Hochverratsprozeß Liebknecht-Bebel-Hepner von 1872 — gibt hier eine sehr lesenswerte Schilderung.

Das hessische Landgesetz. Gesetzestext mit kritischen Anmerkungen von C. H. Bornemann, Mitglied der Hessischen Volkskammer, Vollzugsordnung, Reichssiedlungsgesetz, Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung, Sachregister. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abt. Buchhandlung, Frankfurt a. M. 92 Seiten, broschiert 3 Mark, gebunden 4,50 Mark. — Hessen war eines der ersten Länder, die daran gingen, im Sinne der Reichssiedelungsordnung ein Gesetz zu schaffen, das darauf abzielt, den Großgrundbesitz zu zerschlagen, neue leistungsfähige Bauernwirtschaften zu schaffen, den Zwangswirtschaften mit Land aufzuhelfen und Wohnsiedelungen mit Gartenland für Arbeiter und Kriegsinvaliden zu ermöglichen. Der Verfasser gibt nicht nur die vollständigen Texte der Gesetze und Bestimmungen nebst Erläuterungen, sondern er stellt das Werden des hessischen Landgesetzes ausführlich dar und beleuchtet die Haltung und die Bestrebungen der Parteien zu den aufgeworfenen Fragen. Das Buch ist jedem Bürger und jedem Arbeiter, der etwas Landbesitz hat oder sich darum bemüht, jedem Politiker, der sich über das Landgesetz informieren will oder sich mit Agrarfragen beschäftigt, jedem Ansiedler und Landbewerber, besonders aber jedem Gemeindevertreter aufs angelegentlichste zu empfehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191230-12/fragment/page=0006